

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 73

3. JULI 1990

DM 1,-

Widerstand gegen Viertes Reich muß organisiert werden! Arbeiter: Entfesselt Eure Macht!

1. JULI – Der „Tag X“: Marktwirtschaft zieht ein, die Regale sind jetzt zwar überall in der DDR wieder voll, aber mit Waren, die für viele unbezahlbar geworden sind. In einem Land, wo das Recht auf Arbeit ein Grundrecht war, gibt es schon 130 000 Arbeitslose auf der Straße. Hunderttausende weitere sind direkt bedroht. Zuerst werden Frauen und immigrierte Arbeiter entlassen; Zehntausende von diesen wurden schon gekündigt und sind von sofortiger Deportation bedroht. Die bürgerliche Presse sagt zwischen 2,5 und 4 Millionen Arbeitslose voraus, bis zu einem Drittel der Arbeiterklasse. „Freiheit“ heißt, daß Buchläden ihre Bücher und Schallplatten *weggeschmissen* haben. Bei vielen wurde die Erinnerung an Nazi-Bücherverbrennungen wach. Nazi/Skinheads laufen Amok und überfallen eingewanderte Arbeiter und andere Minderheiten. Am 23. Juni gab es in Ostberlin einen massiven Polizeieinsatz, um von Nazis besetzte Häuser vor antifaschistischen Demonstranten zu schützen.

Für die Arbeiter wird der DM-Rausch zunehmend zu einem Alptraum, und sie fangen an zu kämpfen. Letzte Woche umstellten 3000 Streikende von der Stadtreinigung tagelang das Rote Rathaus in Ostberlin mit einer Wagenburg aus Hunderten von Müllwagen. Sie zeigten ihre Klassenmacht und gewannen eine Lohnerhöhung von 33 Prozent. Sie verlangten gleiche Bezahlung wie in Westberlin. *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit* ist eine grundlegende

Forderung, die die Ausbeutung der DDR als Billiglohnland bekämpft und dadurch ost- und westdeutsche Arbeiter im Kampf vereinen kann. Sogar als die Müllberge in den Straßen zu stinken anfangen, war der Streik weitgehend populär. Die BVB-Nahverkehrsarbeiter drohten, in Solidarität mitzustreiken, wenn sie ihre Forderung nicht durchsetzen.

In Rostock, wo der Schiffbau völlig vernichtet werden soll, beteiligten sich vor der Neptun-Werft 10 000 Metall- und Werftarbeiter an einer Kundgebung gegen die Entlassungen. In Sangerhausen traten 6000 Bergleute in Warnstreik. Alle sind von Entlassung bedroht, und das Kupferbergwerk soll geschlossen werden. Zuerst hatte es Versprechungen über „Umschulung“ gegeben, doch die Arbeiter sollen einfach auf den Müll geworfen werden. (Auch die Arbeiter im Ruhrpott können darüber ein Lied singen!) Die DDR-Arbeiter fangen an, Entschlossenheit zu zeigen, ihre Arbeitsplätze und ihr Leben zu verteidigen. Diese Kämpfe müssen organisiert und zusammengefaßt werden! Notwendig ist eine revolutionäre, wirklich leninistische Partei, um diese Kämpfe auszuweiten und zum Sieg zu führen. Für den Aufbau dieser Partei kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Die Volkskammerwahlen waren ein verzerrtes Referendum über die weitere Existenz der DDR. Die SpAD war
Fortgesetzt auf Seite 4

Schluß mit Hexenjagd gegen Ex-RAF!

Regierung und Medien in Ost und West entfesselten im Gleichschritt eine Hexenjagd, die den Anschluß der DDR begleitet. DDR-Innenminister Diestel verkündete die Verhaftung des ehemaligen RAF-Mitglieds Susanne Albrecht und prangerte eine angebliche „teuflische Verbindung“ von RAF und Stasi an. BRD-Innenminister Schäuble kündigte Ermittlungen an gegen Honecker, gegen den ehemaligen MfS-Chef Mielke und selbst gegen Ex-Spionagechef Markus Wolf wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“. In den darauffolgenden Tagen wurden weitere ehemalige Mitglieder der Roten Armee Fraktion in verschiedenen Städten der DDR verhaftet, wo sie seit Jahren ein normales Leben geführt hatten.

Der Zweck dieser Offensive ist es, die DDR als kriminellen Staat zu brandmarken. Allen, die mit diesem Staat zu tun hatten, besonders Mitgliedern der ehemaligen SED, droht eine Hexenjagd auf alle Roten, Entlassung und

Schlimmeres. Und mit dem Vorwärtsschreiten des Vierten Reichs wird eine Atmosphäre des Denunziantentums geschaffen, die an die ersten Tage des Dritten Reichs erinnert. Aber nicht alle sind hypnotisiert wie das Kaninchen vor der Schlange, die es verschlingen will. Am 16. Juni bei der Demonstration zur Verteidigung des Rechts auf Abtreibung in Ostberlin bekam eine Sprecherin der SpAD Applaus, als sie die sofortige Freilassung der ehemaligen RAF-Mitglieder Susanne Albrecht und Inge Vielt forderte: „Der Beschnüffelungs- und Polizeistaatsterror von Diestel muß gestoppt werden, seine Hexenjagd gegen die RAF-Genossen richtet sich gegen alle Kämpfer und Aktivisten für die Rechte der Unterdrückten, um alle, die gegen den kapitalistischen Anschluß kämpfen, zu verfolgen und zu kriminalisieren.“

Mitte der 70er Jahre bedeutete die „Antiterroristen“-
Fortgesetzt auf Seite 8

Briefwechsel mit KPD über Pseudoeinheit der Pseudolinken u. ä. m.

Liebe Genossen der SpAD Lpz, den 11.06.90
 Zu Eurem Brief des Genossen Toralf Endruweit an uns; müssen wir doch auf einige sachliche Fehler hinweisen. Ich habe selber mit einigen Eurer Genossen diskutiert, die uns vorwarfen Komplizen des Kapital zu sein. Warum? Weil wir Waffengewalt gegen das Volk, das die D-Mark will, ablehnten und auch heute noch ablehnen. Auch wenn wir selber gegen jede Art des Kapitalismus und gegen ein viertes Reich sind.

Als zweites, die KPD macht ihre Haltung nicht an Personen fest, sondern an dem kommunistischen und humanistischen Idealen und am Marxismus als wissenschaftliche Weltanschauung, auch wenn diese weiterentwickelt werden muß.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß wir uns natürlich zu unserer Vergangenheit bekennen, d.h. zu den Begründern der KPD Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, aber auch zu Levi, Hoelz, Thälmann und den vielen anderen, und das heißt auch, daß wir uns kritisch mit ihnen auseinandersetzen, ebenso wie mit Marx, Engels, Lenin, Bucharin, Stalin, Trotzki u.s.w. Alle Namen lassen sich hier sicher nicht nennen, obwohl heute fast jeder von ihnen mit einem eigenem „ismus“ versorgt wird. Auch ein Grund für die Spaltung der Linken!

Aber wir sind natürlich gern bereit auch weiterhin mit Euch zu diskutieren, um über den sachlichen Meinungsstreit zur Zusammenarbeit zu finden.

Die Spaltung der Linken muß überwunden werden!

Jörn Walenta, Vors. d. KPD BL Lpz

PS. Anbei schicken wir Euch eine Einschätzung zum „Spartakist“

M., den 31.5.90

Einschätzungen der Nr. 69 und 70 „Spartakist“:

Zum größten Teil richtige Darstellung politischer Fragen.

Kontaktversuche sollten nicht abgelehnt, sondern aufgegriffen werden. Hervorzuheben sind besonders die sachliche Position und die Fähigkeit zu einer richtigen Analyse und einer korrekten Diagnose. Schwächer und nicht ohne politische Fehler ist die Beschreibung und Begründung der erforderlichen Handlungen und Maßnahmen. Hier zeigen sich Ansätze zum Radikalismus.

Nr. 69 – „Vorstoß zum Vierten Reich“: Wie soll die Forderung erfüllt werden, daß die „Arbeiter der DDR (zu einem Streik bei Opel Rüsselsheim) Solidaritätsdelegationen schicken“: (Wer bezahlt die Fahrt und die Lebenskosten dieser Delegationen.)

Lafontaine als „offen arbeiterfeindlich“ zu bezeichnen, ist strittig!

Es kommt nicht darauf an, gegenwärtig „die Produktion zu sabotieren“.

Wie soll die Bildung von „Arbeiterselbstverteidigungsgruppen“ organisiert werden. Es ist eine Fehleinschätzung, anzunehmen, daß sich „Mitglieder der VP und NVA“ solchen Gruppen anschließen.

„Keine Entlassungen“: Das Problem ist ernster als dargestellt. Die Ursachen der Ausländerfeindlichkeit im vereinten Deutschland liegen tiefer. Sie wird im Schwergewicht die Vietnamesen treffen: Die Vietnamesen sind keine Türken, keine Italiener, keine Jugoslawen, sondern Angehörige eines Volkes, das dem größten und stärksten Staat des Imperialismus, den USA, die größte militärische Niederlage brachte. Das vergessen die USA und die in Abhängigkeit von ihnen wirkenden Kräfte nicht. Das ist der Grund, deshalb auch die Angriffe der Sturmtruppe des Imperialismus, der Skin-Heads, auf Vietnamesen.

Das Titelblatt zu Nr. 4 [gemeint ist Nr. 68] „Spartakist“ – „Gorbatschow beugt sich einem 4. Reich“ ist grundfalsch.

Beitrag „Rote 1848er“: Sehr gut, sachlich, historisch genau!

„Frauenrechte“: Im Prinzip richtige Ausführungen, aber man sollte nicht für die Nachtschichtarbeit für Frauen plädieren. Die Auswirkungen auf die gesamte Familie, besonders die Kinder, werden hier nicht ausreichend beachtet.

„Stalin/Thälmann“: Absolute Zustimmung! Die Rolle Thälmanns wird richtig eingeschätzt. Auch die Ausführungen über „Deutschland einig Vaterland“ sind richtig. Falsch ist jedoch die Aussage, daß die Theorie von „Sozialismus in einem Lande“ von Stalin stammt. Es ist eine Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin, der damit die falsche Forderung nach der Weltrevolution korrigierte.

„Kopfsteuer-Revolution“: Konkrete, richtige Darstellung!

Nr. 70 – Alle Beiträge sind gut, besonders die Fortsetzung von „Stalin/Thälmann“
 O. Smolik

Spartakist antwortet:

Wir begrüßen Briefe wie diesen, die wir von Mitgliedern und Ortsverbänden der KPD bekommen haben, ebenso wie die Debatte mit der Zentrale der KPD, die jetzt am 21. Juli in Berlin stattfinden wird; denn dies ermöglicht den Meinungsaustausch im Interesse einer politischen Klärung. Heute ist das besonders wichtig, wo die stalinistischen Regime in ganz Osteuropa zusammenbrechen und der Imperialismus in die Offensive gegangen ist.

Fortgesetzt auf Seite 6

SPARTAKIST

herausgegeben von der
 SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
 Internationale Kommunistische Liga
 (Vierte Internationalisten)

Die SpAD wurde gegründet von der
 Trotzkiistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern
 der Spartakist-Gruppen am 21. Januar 1990

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin),
 Toralf Endruweit, Doris Kohn, Len Markow, Bert Matthes,
 Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz
 (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

PRODUKTION: B. Matthes

VERTRIEB: J. Pfeiffer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen,
 2000 Hamburg 74

Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11;

Fax: (0 40) 33 01 54

Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (0 30) 4 91 45 48

Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51

Postfach 2002, Berlin 1026, DDR

Abonnement (8 Ausgaben): DM 10,-

Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601

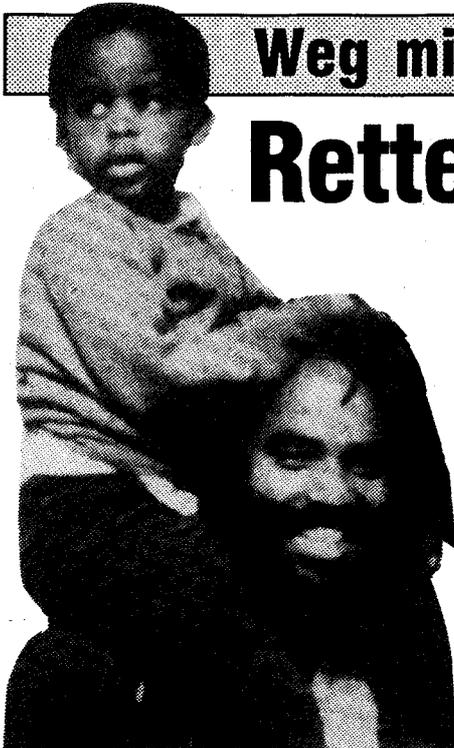
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung
 der Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

Registriernummer 1731 des Presse- und Informationsdienstes der DDR

ISSN 0173-7430



Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Rettet Mumia Abu-Jamal!

Auf der ganzen Welt werden sich in vielen Städten Gegner der rassistischen Todesstrafe versammeln, um das Leben des schwarzen Journalisten und früheren Black Panthers Mumia Abu-Jamal zu retten, einen von der Todesstrafe bedrohten politischen

Gefangenen in Huntingdon, Pennsylvania. Beginnend mit dem 28. Juni in New York und abschließend am 14. Juli in Chicago, Oakland und in Jamals Heimatstadt Philadelphia werden Kundgebungen stattfinden, u. a.

Demonstrationen und Protestaktionen vor USA-Botschaften und Konsulaten in Europa und auch in Australien. Das Komitee für soziale Verteidigung ruft zu Protestdemonstrationen auf am 3. Juli in Hamburg, vor dem USA-Generalkonsulat, Alsterufer 27-28 und in Berlin, DDR, vor der USA-Botschaft, Neustädtische Kirchstr. 4-5. Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der Werktätigen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Sammelt Unterschriften für die Protest-Resolutionen, wendet Euch an eure Gewerkschaften und alle Feinde des rassistischen Terrors, um Unterstützung für diese Kampagne zu organisieren. Schickt Proteste an: Komitee für soziale Verteidigung, c/o B. Fiedler, Postfach 11 17 48, 2000 Hamburg 11, Tel. (040) 32 36 44, in Berlin (030) 4 92 78 66. Spendet: Konto Werner Brand, KfsV, BfG Hamburg, Kontonummer 250 110 9300, BLZ 200 101 11, Stichwort: „Rettet Mumia Abu-Jamal“.

Internationale Protestkampagne

Paris

Freitag, 29. Juni

London

Freitag, 6. Juli

New York

Donnerstag, 28. Juni

Chicago

Sonnabend, 14. Juli

Sydney

Donnerstag, 12. Juli

Berlin, DDR
3. Juli, 16.00 Uhr

USA-Botschaft, Neustädtische Kirchstr. 4-5

Hamburg
3. Juli, 16.00 Uhr

USA-Generalkonsulat, Alsterufer 27-28

Auswahl der bisherigen Unterstützer in DDR und BRD

ADA-Antifa, Westberlin
Ag Internationalismus in der Volksfront Westberlin
Volker Alberti, VVN*, ÖTV*, Hamburg
Amerika Gegeninformationspresse (Agipa-Press), Bremen
Joe Anamoa-Wallace, Ghana Burg e.V.*, Hamburg
Antifa e.V. Ortsgruppe Rostock
Antirepressionsplenum Kassel
Arbeitermacht
Arbeitskreis Ausländerpolitik, Neumünster
ASTa der FU Berlin
Befreiungspartei Kurdistans (RIZGARI)
Lothar Bisky, Professor an der HFF, Berlin
Rainer Börner, Mitglied des Präsidiums der PDS*, Berlin
Safer Cinâr, 2.Vorsitzender der GEW Westberlin*
Devrimci İşci, Hamburg
Dünya Dogan, Betriebsratsvorsitzender Fa. Hamester*, Hamburg
Thomas Ebermann, Hamburg
Erwin Ferlemann, Vorsitzender der IG Medien (BRD)*
Freie Deutsche Jugend, Bezirksvorstand Rostock
GAL Hamburg
Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten e.V., Hamburg
Gruppe IV. Internationale
Bernt Kamin, ÖTV*, Vertrauensleutesprecher Gesamthafenbetrieb Hamburg*
Ingrid Klein, Journalistin, KONKRET*, Hamburg

Thomas Klein, VL*, Abgeordneter der AVL*, Berlin
Uwe Körner, LBZ Vorsitzender der IG Medien*, Hamburg
Dietmar Koschmieder, Sozialistische Kinderorganisation Junge Pioniere*, Stuttgart
KPD
Verena Krieger, Die Grünen*, Köln
Kulturzentrum, Hamburg
Ruth Martin, Vorsitzende der Gewerkschaft Kunst, Kultur, Medien (DDR)*
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Hamburg
Hans Modrow, PDS*, Berlin
Harald Müller, Journalist DT64, Berlin
Wolfgang Naujoks, ÖTV*, Vertrauensmann Gesamthafenbetrieb Hamburg*
Jens Reich, Berlin
Reinhard Schult, Neues Forum*, Mitglied des Arbeitsausschusses*, Berlin
Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
Türkenzentrum, Westberlin
UFV (Unabhängiger Frauen Verband), Frauengruppe Hellersdorf
Volkshaus der Türkei, Hamburg
VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), Bremen
Jürgen Zühldorff, Sekretär der Gewerkschaft Holz und Kunststoff*, Hamburg
 *Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 1

die einzige Organisation, die auf Basis eines klaren „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“ kandidierte. Aber bei den Wahlen am 18. März siegte der Gewaltmarsch hin zu einem Vierten Reich. Der deutsche Imperialismus will innerhalb kürzester Zeit die Errungenschaften des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats zertrümmern, der auf dem Sieg der Roten Armee über die Nazis aufgebaut wurde. Der „Staatsvertrag“ verlangt, das produktive Vermögen des Landes an die Bourgeoisie von Auschwitz zurückzugeben.

Der einzige Unterschied zwischen Kohl und der SPD über den Anschluß war: wie schnell? Kohl dachte, er könnte den Anschluß durchrammen, bevor es den Arbeitern dämmerte, was ihnen geschah. Aber zuerst will die SPD die Arbeiterklasse *politisch* säubern und fesseln. Als die PDS-Bürokratie vor Bonns Propagandabombardement voll in die Knie gegangen war, waren es die SPD-Bluthunde, die auf der Enteignung des PDS-Vermögens bestanden. Wir verteidigen die PDS gegen diese Angriffe. Das „Parteiengesetz“, das verabschiedet wurde, um Jagd auf die PDS zu machen, von einer Regierung in einem fortgeschrittenen Stadium der Auflösung, muß entschieden zurückgewiesen und bekämpft werden. Soll dieses absurde Gleichhaltungsgesetz auch auf Parteien in der BRD angewendet werden? Wird auch die CDU belangt, die ihren Anschluß-Propagandablitz mit 25 Millionen D-Mark aus dem Staatshaushalt finanzierte?

Zielscheibe der großangelegten Hexenjagd ist nicht nur die PDS, sondern *die Arbeiterklasse insgesamt*. Die SPD-geführte DGB-Bürokratie forderte zuerst die Auflösung des FDGB, und die FDGB-Spitze kroch zu Kreuze. Die DGB-Spitze führt die Regie über die völlige Enteignung der FDGB-Gewerkschaften und die „komplette Entsorgung“, d.h. die restlose Entlassung aller ehemaligen FDGB-Funktionäre. Erst gesäubert von „kommunistischer Unterwanderung“ dürfen sie en bloc in den DGB übernommen werden.

Am 1. Juli werden alle früheren Verträge zwischen dem FDGB und den VEB-Leitungen außer Kraft gesetzt. Jetzt sollen die Arbeiter völlig führungslos gelassen werden – bei Massenentlassungen und antikommunistischer Hexenjagd; dabei wissen sie noch nicht einmal, wer ihren Betrieb besitzen wird. Der DGB will Betriebsräte wählen lassen, wie sie in der BRD existieren. Das heißt: auch die DDR-Arbeiter sollen Zwangsjacke und Maulkorb kriegen, damit die „Firmeninteressen“ (d.h. die Interessen des Kapitals) gesichert werden! Und tatsächlich: neu gewählte Betriebsräte in DDR-Betrieben haben bereits begonnen, *selbst* anti-kommunistische Säuberungen und Massenentlassungen zu beschließen!

In der BRD hat die CDU versucht, die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen als Volksabstimmungen über die schnelle kapitalistische Einheit zu benutzen ... und verlor. Eine Menge westdeutscher Arbeiter wissen, daß sie für eine kapitalistische Wiedervereinigung bezahlen werden, und Bundesbank-Zar Pöhl redet schon über eine Steuererhöhung. Die Warnstreiks bei Metall, Druck und Post zeigten, daß die westdeutschen Arbeiter, besonders ihr strategischer Anteil an eingewanderten Arbeitern, kämpfen wollen. Es ist der Würgegriff ihrer SPD/DGB-Führung, die sie davon zurückhält. Und im Frühjahr war die größte Sorge der DGB-Bürokraten, daß auch *nichts* dem Marsch in die Wiedervereinigung in die Quere kommt.

Zwar wird die PDS selbst gejagt und verfolgt, doch sie bietet sich als die loyale reformistische Partei eines Vierten Reichs an. Ihre Führung erklärt, sie verstehe sich nicht „als Sand im Getriebe der deutschen Einheit“, sondern sie bestehe darauf, den Anschluß „mitzugestalten“ (*Neues Deutschland*, 21. Juni)! So knickt sie jetzt – gerade nach den tagelangen Protesten Tausender Berliner Werktätiger – vor dem Gesetz ein, das ihre eigenen Leute unter dem Vorwand der „Kompetenz“ aus dem öffentlichen Dienst hinaussäubern wird.

Gorbatschow und Hans „einig Vaterland“ Modrow gaben dem deutschen Revanchismus das grüne Licht für die kapitalistische Wiedereroberung der DDR. Aber wenn der Kreml die NATO-Imperialisten beschwichtigt, steigert dies ihre Gelüste, die Sowjetunion selbst zurückzuerobern, nur noch mehr. Von Washington bis Bonn betonen die kapitalistischen Herrscher, daß die NATO bis an die polnische Grenze vorrückt. Sie versuchen, dies an Moskau zu verkaufen mit dem Angebot eines neuen „Nichtangriffspakts“! Aber wer in der Sowjetunion kann die schrecklichen Konsequenzen vergessen, die Stalins Vertrauen in den letzten „Nichtangriffspakt“ mit dem imperialistischen Deutschland bedeuteten? Gleichzeitig bekräftigt die NATO ihre Doktrin des atomaren Erstschlags gegen die UdSSR.

Gegenwärtig kann die weitere Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR für die Arbeiter kostbare Zeit gewinnen, um Widerstand gegen ein Viertes Reich zu organisieren. Viele im sowjetischen Oberkommando haben nicht vergessen, mit welchen Opfern die UdSSR Hitlers Reich zerschlug.

Jetzt, wo Arbeitern in einem Betrieb nach dem anderen Schließungen und Massenentlassungen drohen, sehen sie nicht, wie sie dem alleine widerstehen können. Doch gemeinsam sind wir stark! Wenn es heute in der DDR eine kämpferische proletarische Massenführung gäbe, würde sie nicht nur die Kämpfe organisieren zur Verteidigung der Arbeitsplätze und der Existenz der Arbeiter, sondern sich die Sache *aller* Unterdrückten zu eigen machen. Ein erster Schritt, um in der DDR den klassenkämpferischen Widerstand zu organisieren und auszuweiten, könnte ein Kongreß sein, der die Werktätigen und Vertreter aller anderen Opfer der kapitalistischen Wiedervereinigung vereinigt: eingewanderte Arbeiter, die von faschistischem Terror, Entlassung und Abschiebung bedroht sind; die Rentner mit ihren Hungerrenten; berufstätige Mütter ohne Kinderbetreuung; Genossenschaftsbauern, die vor dem Nichts stehen; Tausende von Kunstschaffenden, die auf die Straße geworfen werden; Jugendliche ohne eine Zukunft.

Die Hennigsdorfer Stahlarbeiter forderten am 28. Juni bei einer Demonstration in Ludwigsfelde die „Erhaltung unserer Reallöhne!“ Viele Arbeiter erinnern sich an die Forderung der Hennigsdorfer am 17. Juni 1953 nach einer Metallarbeiterregierung, als die ostdeutschen Arbeiter sich als die ersten in Osteuropa gegen ihre stalinistischen Irreführer erhoben. Um ihre Errungenschaften zu verteidigen, müssen die Arbeiter um die politische Macht kämpfen. Heute ist das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse engstens verknüpft mit dem der polnischen und sowjetischen. Für die polnischen Arbeiter, die heute gegen die vom Internationalen Währungsfonds angeordnete „Schockbehandlung“ den Kampf aufgenommen haben, sowie für die unter Gorbatschows wackligen „Marktformen“ leidenden sowjetischen Arbeiter wird die deutsche Währungsunion noch mehr Elend bringen. Kämpferischer proletarischer Widerstand würde Schockwellen von Berlin bis zum Ural auslösen. Für die internationalistische Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter! ■

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Streik bei VEB Stern-Radio Marktwirtschaft bringt Misere

Dank der stalinistischen Abschottungspolitik war unser Betrieb Stern-Radio schon bei Eröffnung am ersten Produktionstag zehn Jahre hinter der japanischen Technik zurück. Nichtsdestotrotz versorgte er über 3000 Kollegen mit Arbeit. Am 18. März, nach einer massiven Destabilisierungskampagne des Westens, sahen viele Kollegen bei Stern und anderen Betrieben keinen besseren Ausweg als die D-Mark. Erst neulich haben wir erfahren, daß kein Kapitalist unseren Betrieb kaufen will, den der Direktor nach den Gesetzen der konterrevolutionären De-Mazière-Regierung zum Verkauf freigegeben hatte. Warum?

Stern-Radio wäre so unprofitabel, daß kein Käufer unseren Schweiß in sein Gold umwandeln könnte. Wirtschaftstadtrat Elmar Pierroth sagte, der Betrieb sei nur noch für Büro- und Lagerräume geeignet. Einige Kapitalisten und der Betriebsdirektor haben schon angefangen, unsere Fabrik in Kleinholz aufzustückeln. Während zwei der am wenigsten unprofitablen Abteilungen „Partner aus dem Westen gefunden“ zu haben scheinen, wartet der Rest von uns, in einigen Abteilungen mit sehr wenig Beschäftigung, auf den Tag X. Dies sind die „Konzepte“, die der BGL-Vorsitzende Bojahr auf der letzten Belegschaftsversammlung angepriesen hat.

Wie viele andere Arbeiter in der DDR, deren Arbeitsplätze jetzt gefährdet sind, hatten auch die Kollegen von der Laufwerksmontage die Nase voll. Am 18. Juni 1990 riefen sie zum Streik auf. Fast niemand der Kollegen bei Stern hat jemals Erfahrungen in einem Streik gemacht. Es war sonderbar, die anderen Abteilungen arbeiten zu sehen, während die Kollegen aus dem Laufwerk draußen waren und in die Kamera des „Sender Freies Berlin“ sprachen. Es ist ein althergebrachtes und erkämpftes Prinzip von Arbeitern auf der ganzen Welt, daß *niemand* in einem bestreikten Betrieb arbeitet.

Angesichts von Massenarbeitslosigkeit überall hat jeder bei SRB (Stern-Radio Berlin) gute Gründe, jetzt zu den machtvollsten Waffen der Arbeiterklasse zurückzukehren: Streiks, Fabrikbesetzungen, gewählte Fabrikkomitees. Einige Kollegen jedoch hatten falsche Beweggründe für den Streik. Auf einem ihrer Plakate stand: „Arbeitslose Nein! GmbH Ja!“ Nur, als er gefragt wurde, was GmbH bedeutet, antwortete einer der Kollegen: „Keine Ahnung.“

Zu fordern, daß ein VEB durch eine GmbH ersetzt wird – eine reaktionäre Forderung für Privatisierung –, bedeutet, darauf zu dringen, etwas wegzugeben, daß Dir gehört, und den neuen Besitzer anzuflehen, laß mich bis zum Umfallen arbeiten, laß mich hungern, werf mich auf die Straße. Es bedeutet, darum zu bitten, ein Sklave zu sein. Kein denkender Arbeiter möchte in eine solche Falle tappen.

Die Kapitalisten haben 400 Jahre Erfahrung darin, die Arbeiterklasse zu spalten und handlungsunfähig zu halten. Eine ihrer beliebtesten Taktiken ist es, Rassismus und Nationalismus zu benutzen, um uns auseinanderzubringen (siehe den Bericht aus VEB Stern-Radio, *Spartakist* Nr. 69, 24. April). Viele der vietnamesischen Kollegen sind bereits weg, was einen natürlich darüber nachdenken läßt, was wohl für die dableibenden deutschen Arbeiter geplant ist. Dieser Trick mit der GmbH funktioniert genauso. „Eure Abteilung ist etwas besonderes“, erzählen sie der Plaste-

und Metallverarbeitung. „Ihr behaltet Eure Arbeitsplätze und werdet nur eine kleine Lohneinbuße haben, während der Rest auf die Straße fliegt.“ Die grausame Wahrheit ist, daß die „Partner“ soviel aus den Resten von Stern herauspressen werden, wie sie können, um sie dann wie eine ausgepreßte Zitrone wegzuworfen.

Die Zeitbombe tickt. Statt zu Pierroth zu laufen und um ein wirtschaftliches Wunder zu betteln, sollten wir die Betriebe besetzen und Delegierte wählen, die gemeinsam mit Vertretern anderer Betriebe – Bergmann-Borsig z.B. und die Reichsbahn, wo es schon Warnstreiks gegeben hat – den Widerstand organisieren. Fordert das Recht auf Arbeit zurück und fordert das gleiche Recht auch für die ausländischen Kollegen!

Die Zukunft, die die Kapitalisten für die Stern-Arbeiter im Auge haben, ist nur ein Vorgeschmack des Elends, das ein Viertes Reich für alle bedeuten würde. Hundert Kilometer weiter östlich wissen unsere Klassenbrüder in Polen dies nur zu gut. Dort, wo die IWF-„Schockbehandlung“, die Privatisierung durch die Solidarność-Regierung, zu Massenarbeitslosigkeit geführt hat, haben die Eisenbahner letzten Monat einen Streik durchgeführt, um die polnischen Häfen *dichtzumachen*, und haben die gewaltigen Muskeln der Arbeiterklasse spielen lassen.

Rostock: Arbeiter gegen Entlassungen

In Rostock, wo Tausende Entlassungen erwartet werden, beginnt sich der Arbeiterwiderstand zu regen. Am 25. Juni versammelten sich 10 000 Metallarbeiter der Neptun-Werft vor dem Haupttor ihres Schiffbaubetriebes. Viele davon kamen direkt von der Schicht in Arbeitsanzügen und mit Schutzhelmen, um für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen. Von den 55 000 Arbeitsplätzen des DDR-Schiffbaus sind 10 000 direkt bedroht. Mehrere Redner kündigten auf der Kundgebung Widerstand gegen den Beschluß der Volkskammer an, demzufolge schnellstens provisorische Betriebsräte gewählt werden sollen, um damit den gewerkschaftlichen Einfluß zurückzudrängen. „In Wirklichkeit soll die Urlaubszeit genutzt werden, um viele auszugrenzen, die gewählten BGL zu ‚kippen‘“, sagte IG-Metallvorsitzender Hartwig Bugiel. Um ihre Profitgier zu befriedigen und Massenentlassungen durchzudrücken, wollen die Kapitalisten alle Aktivisten feuern, die zur Verteidigung der Arbeiter aufrufen.

Auch im Überseehafen Rostock sind Massenentlassungen angekündigt und sollen nach der Währungsunion durchgeführt werden. Zuerst werden die Frauen und ausländischen Kollegen betroffen sein. Die Frauen sollen zurück zu „Kinder, Küche, Kirche“ gestoßen werden, zu diesem Zweck werden ja gerade die Kindergärten geschlossen bzw. unbezahlbar. Und wenn es nach den Kapitalisten geht, dürfen die Frauen als „Touristenführerinnen“ sie vielleicht noch am Strand bedienen (und ihnen ihre ehemaligen Arbeitsplätze zeigen). Während noch viele hoffen, daß es sie nicht betreffen wird oder daß sie genug Arbeitslosenunterstützung bekommen, um ein leichtes Leben in „Freiheit“ führen zu können, macht sich doch schon Ernüchterung breit, und es wird klar, daß die Währungsunion eine „Lohnraubunion“ ist.

Fortgesetzt auf Seite 6

Rostock...

Fortsetzung von Seite 5

Nicht nur die Kapitalisten, auch die Führungen der Gewerkschaften wollen glauben machen, Massenentlassungen müßten sein, und es sei sowieso alles nicht so schlimm. Die Gewerkschaft im Überseehafen hat nun statt gegen die Entlassungen zu kämpfen nur Kündigungsfristen ausgehandelt und der Wahl zum Betriebsrat zugestimmt. Betriebsräte sind verpflichtet zur „Schweigepflicht“ gegenüber den Arbeitern und zur Wahrung des „Betriebsfriedens“.

Bei der Organisation der Rostocker Spartakist-Veranstaltung mit dem amerikanischen schwarzen Trotzisten Don Alexander haben Genossen mit vielen Arbeitern und Gewerkschaftern im Rostocker Hafen gesprochen. Bei der Diskussion auf der Veranstaltung meldete sich auch ein Hamburger Hafearbeiter zu Wort: „Ich finde dieses Betriebsverfassungsgesetz zum Kotzen! Es ist eine Zwangs-

jacke für Arbeiter. Es ist ganz klar, was das bedeutet: Kapitalisten ja. Betriebsräte ja. Aber Gewerkschaften bitte nein! Und Ihr wollt sagen, es gäbe keine andere Wahl? Und wenn Ihr dann streiken wollt, und Delegationen an eure westdeutschen Kollegen schicken wollt, nee, das geht nicht mit dem Betriebsverfassungsgesetz.“

Der Vorsitzende der IG Metall Hartwig Bugiel erklärte, man müsse „der Marktwirtschaft das Soziale abringen“. Nun, wenn man nur versucht, an der Marktwirtschaft herumzudoktern und sie „besser“ zu machen, wird man bald auf der Seite der Kapitalisten stehen, die Arbeiter verraten und Niederlagen erleiden. Es gibt aber ein Programm, Marktwirtschaft und Kapitalismus abzuschaffen, und eine Arbeiterdemokratie zu errichten, in der es keine Arbeitslosigkeit, keine Bosse, keine Unterdrückung der Frau und keine Repressalien gegen die eingewanderten Kollegen geben wird. Und für dieses Programm kämpfen die Spartakisten.

Proteststreik der NVA-Ehrenwache gegen Reps

Ausgerechnet am 17. Juni, dem Tag des Arbeiteraufstands gegen die stalinistische Bürokratie, kamen Republikaner-Nazis mit einem Kranz mit der Aufschrift „Für die Opfer des Stalinismus“ zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus. Gegen diese ungeheuerliche Provokation setzten sich die Wachsoldaten der NVA-Ehrengarde zur Wehr. Der diensthabende NVA-Soldat versuchte zuerst, den Kranz wieder loszuwerden. Als die umstehenden Volkspolizisten sich feige aus der Sache heraushielten, trat die NVA-Ehrenwache geschlossen in Streik, bis der Kranz zwei Tage später beseitigt war. Noch besser wäre es gewesen, den Nazis gleich vor Ort eine tüchtige Lehre zu erteilen. Die SpAD überbrachte Solidaritätsgrüße, die wir nachfolgend abdrucken.

Berlin, 18. Juni — Wir teilen Eure berechtigte Empörung über die Provokation der faschistischen Republikaner am

17. Juni am Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus. 20 Millionen sowjetische Bürger sind im Kampf, Osteuropa von der Pest des Hitler-Faschismus zu befreien, gefallen. Sechs Millionen Juden wurden in den Todeslagern von den Nazis ermordet. Heute sind die Republikaner und ihre faschistischen Ableger die Schocktruppen für den Drang des westdeutschen Kapitals, ein Viertes Reich zu errichten, das diese Befreiung umkehren will. Die Parteien des Vierten Reichs, von den Republikanern zur CDU bis zur SPD und den Grünen, haben versucht, den 17. Juni 1953, den Tag der ostdeutschen Werktätigen, die sich gegen die stalinistische Mißwirtschaft erhoben haben, als Tag des großdeutschen Revanchismus zu vereinnahmen. Aber es sind die Werktätigen in Ost- und Westdeutschland, die die Macht haben — und die Verpflichtung, wenn es eine Zukunft für die Menschheit geben soll —, die Opfer des Faschismus zu ehren, indem sie die heutigen Nazis von den Straßen räumen und all ihre beabsichtigten Opfer verteidigen. ■

Briefwechsel mit KPD...

Fortsetzung von Seite 2

Auch haben wir die Einheit in der Aktion gesucht zur Verteidigung der Arbeiterklasse, zum Beispiel bei der Demonstration vor der Volkskammer gegen das Gesetz zur Privatisierung Anfang März. Und bei den Wahlen am 18. März haben wir vorgeschlagen, daß wir in den Wahlbezirken, in denen die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands keine Kandidaten aufstellt, zur Wahl für diejenigen Organisationen oder Kandidaten aufrufen, die schriftlich eine klare Position gegen die kapitalistische Wiedervereinigung einnehmen. Wir haben uns mit diesem Vorschlag direkt an die KPD gewandt, nachdem ihre Kandidaten in Halle bürokratisch von der Wahl ausgeschlossen wurden, wogegen die SpAD protestiert hat. In beiden Fällen hat die Führung der KPD unsere Vorschläge jedoch zurückgewiesen.

Nein, Genosse Walenta, unsere Differenzen mit der KPD bestehen nicht über die Frage der gewalttätigen Unterdrückung des „Volks“, das zur D-Mark gepetscht wurde. Zu behaupten, daß unsere Opposition gegen die imperialistische Wiedervereinigung irgendwie bedeutet, zu einem Militärputsch aufzurufen, heißt, jeglichen Widerstand der Arbeiterklasse gegen den Angriff des Kapitals auszuschließen. Diese absurde Behauptung versucht nur, die wirklichen Fragen zu verschleiern. Unsere Differenzen liegen vielmehr in der Tatsache, daß selbst diejenigen in

der KPD, die sich gegen ein Viertes Reich wehren wollen, noch nicht mit der stalinistischen Ideologie des „Sozialismus in einem Land“ und der Volksfrontpolitik gebrochen haben. Und deshalb sind sie im besten Fall programmatisch entwaffnet angesichts des imperialistischen Vorstoßes in Richtung Großdeutschland.

Die leninistische Einheitsfront — getrennt marschieren unter dem eigenen Banner und gemeinsam losschlagen gegen den Klassenfeind — unterscheidet sich grundlegend von der Forderung der KPD nach „Einheit der Linken“, die versucht, den kleinsten gemeinsamen politischen Nenner zu finden und einen Nichtangriffspakt zustandezubringen, was programmatischer Klarheit entgegensteht. Wenn die KPD heute von „Einheit der demokratischen Kräfte“ redet (zum Beispiel bei den Kommunalwahlen im Mai), folgt sie Stalins Politik der „Volksfront“, die durch das Abwürgen der proletarischen Revolution den Weg bereitet hat für den Sieg der Reaktion in Spanien Ende der 30er Jahre sowie in Chile in den 70er Jahren. In der DDR 1990 bedeutete „Einheit der Linken“, den *Anschluß* an Westdeutschland zu akzeptieren. Wir haben klar gegen diese Konterrevolution Stellung bezogen, während die KPD drumherum geredet und sich geweigert hat, kategorisch „Nein“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung zu sagen.

Genosse Walenta bezieht sich auf Luxemburg und Liebknecht, aber auf der Gründungskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands bemerkte Luxemburg: „Die Idee der Vereinigung der verschiedenen sozialisti-

schen Strömungen ... das war das Motto der Revolution vom 9. November — eine Illusion, die sich blutig rächen sollte. ...“ Damit meinte sie nicht nur die Scheidemanns und Noskes der SPD. Sie ging nicht weniger hart mit der zentristischen USPD von Haase u. a. ins Gericht, die versuchten, ein Plätzchen in der Mitte zwischen Reform und Revolution zu finden.

Die Gründung der KPD im Jahre 1919 war die verspätete Anerkennung der Tatsache, daß eine Avantgardepartei notwendig ist, wie sie die Bolschewiki in Rußland geschmiedet hatten. Indem Lenin die „Einheit“ mit den sozialpatriotischen Verrätern zurückwies, die die Arbeiter 1914 in das gegenseitige Gemetzel des imperialistischen Weltkriegs führten, verallgemeinerte er seinen Bruch mit den Menschewiki im Weltmaßstab: In dieser Epoche des kapitalistischen Niedergangs ist es unmöglich, daß Revolutionäre und Reformisten in derselben Partei bleiben. Dies ist heute nicht weniger wahr, wo wir vor unseren eigenen Augen sehen können, wie der Reformismus, sei es die SPD oder die PDS, der Sache der Konterrevolution dient, indem er die Errungenschaften des Arbeiterstaats DDR liquidiert.

Die KPD von 1990 ist allerdings Lichtjahre entfernt vom revolutionären Programm von Lenin, Luxemburg und Liebknecht. Unter dem Motto „Die Spaltung der Linken überwinden“ läuft sie der Vereinigten Linken/Nelken, der PDS und der SPD hinterher. Immer noch ohne ein formales Programm, findet sich die KPD tatsächlich in jedem verrotteten Block der „marktsozialistischen“ (d. h. antisozialistischen) Linken wieder, wie am 17. Juni bei der Kundgebung vor dem Schauspielhaus, wo Warschauer Pakt und NATO gleichgesetzt wurden und wo die Forderungen nur darauf hinausliefen, nach einer humaneren kapitalistischen Wiedervereinigung zu rufen. Zusammen mit PDS und Neuem Forum sammelt die KPD Unterschriften für eine bürgerliche Verfassung der DDR. Währenddessen sind es die Trotzisten der SpAD, die für die Verteidigung der Frauen und der ausländischen Arbeiter kämpfen und die sich der Hexenjagd gegen PDS und Ex-RAF im Vorgriff auf das Vierte Reich entgegenstellen.

Der Entwicklung des Marxismus eine Fixierung auf „Persönlichkeiten“ gegenüberzustellen, wie es Genosse Walenta tut, und ironisch anzumerken, daß die meisten der angeführten Personen zu einem „Ismus“ geführt haben, hat einen bestimmten Zweck. Mit diesem Eklektizismus wird versucht, eine schmerzhaft Neubewertung der Geschichte zu vermeiden, insbesondere eine gründliche Einschätzung des Stalinismus, seiner sozialen Wurzeln und seines politischen Programms. Ab 1923 haben Bucharin und Stalin antimarxistische Positionen eingenommen, die entsetzliche Auswirkungen für die Arbeiter der Sowjetunion und der ganzen Welt hatten. Indem man den historischen Kampf der Linken Opposition und später der Vierten Internationale gegen die stalinistische Degeneration der UdSSR als eine Fehde zwischen Stalin und Trotzki abtut, schließt man die Möglichkeit einer revolutionären Alternative zum Stalinismus aus.

Wenn es hoch kommt, wird in Stellungnahmen der KPD die „stalinistische Machtstruktur“ erwähnt. Wenn man nur den Unterdrückungsapparat eines Polizeistaats und den Stalinkult sieht, im Stil der „Enthüllungen“ von Chruschtschow, dann kann man nicht den Aufstieg einer konservativen Bürokratie in der UdSSR erkennen, die auf Niederlagen in Europa, vor allem bei der deutschen Revolution 1923, mit der Preisgabe des leninistischen Internationalismus reagierte und ihn ersetzte durch das nationalistische Dogma des „Sozialismus in einem Land“ für die Sowjetunion und die „friedliche Koexistenz“ — d. h. kein Sozialismus — anderswo. Dies sind die sozialen Wurzeln

und das politische Programm des Stalinismus, die zum Zusammenbruch der DDR und anderer bürokratisch deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa und zur gegenwärtigen Krise in der Sowjetunion geführt haben.

Wir werden hier nur kurz auf die grundlegenden politischen Differenzen eingehen, die Genosse Smolik nach sorgfältigem Lesen des *Spartakist* vorgebracht hat. Daß der SPDler Lafontaine offen arbeiterfeindlich ist, kann kaum bestritten werden; selbst die DGB-Bonzen waren beunruhigt durch seine Forderungen nach Lohnkürzungen und Samstagsarbeit in den Jahren 1987/88. In Lafontaines Saarland sind Demonstrationen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung verboten, und der sozialdemokratische Spitzenkandidat will jetzt die antikommunistische Hexenjagd anführen, um dem Anschluß den Weg zu ebnet, wie mit seiner Forderung, den Staatsvertrag zwischen der BRD und der DDR „nachzubessern“, und zwar durch die Enteignung der PDS.

Genosse Smolik behauptet, daß Lenin, und nicht Stalin, der Urheber von „Sozialismus in einem Land“ gewesen sei, und daß dies eine „Korrektur“ des Aufrufs zur Weltrevolution gewesen sei. Aber dann müßte die Gründung der Kommunistischen Internationale „korrigiert“ werden, wie Stalin es schließlich getan hat, indem er sie und ihre Gründungsmitglieder liquidierte, denn der Zweck der Komintern war es ja gerade, die Weltrevolution zu organisieren. Aber vielleicht hat Lenin nur „vergessen“, das zu korrigieren. Und dann gibt es natürlich noch Lenins Polemik „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, in der er diesen für seine „feige Furcht vor der Weltrevolution“ angreift und erklärt, daß die bolschewistische Taktik „ein Höchstmaß dessen [bewirkte], was in *einem* Lande für die Entwicklung, Unterstützung und Entfaltung der Revolution *in allen Ländern* durchführbar ist“.

Tatsächlich glaubte bis Dezember 1924, bis zur zweiten Auflage von Stalins „Grundlagen des Leninismus“, *niemand* in der Bolschewistischen Partei, daß die UdSSR über alles verfügte, „was nötig ist für den Aufbau der vollendeten sozialistischen Gesellschaft“. Stalin selbst hat in der ersten Ausgabe seines Buches eine solche Möglichkeit explizit verneint! Wir könnten buchstäblich Dutzende von Artikeln und Reden zitieren, in denen Lenin betont, daß die internationale Ausweitung der Oktoberrevolution von zentraler Bedeutung ist für das Überleben der Sowjetrepublik. Laßt uns Lenins Artikel „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ aus dem Jahr 1915 anführen, weil er früher einer der beliebtesten stalinistischen „Belege“ dafür war, daß Lenin „Sozialismus in einem Land“ unterstützt habe: „Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzelnen genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisation der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt *entgegenstellen*, würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in diesen Ländern den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und notfalls sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen.“

Natürlich bezieht sich Lenin hier nicht auf eine „vollendete sozialistische Gesellschaft“ — d. h. die erste Phase des Kommunismus, in der der Staat begonnen hat abzustirben — sondern auf die Diktatur des Proletariats.

Daß Genosse Smolik unsere Überschrift „Gorbatschow beugt sich einem Vierten Reich“ (*Spartakist* Nr. 68)

Fortgesetzt auf Seite 8

Hexenjagd...

Fortsetzung von Seite 1

Kampagne der SPD/FDP-Koalition eine Welle von Unterdrückung gegen die Linke, das Herumtrampeln auf demokratischen Rechten und Verstärkung des „starken Staates“ der deutschen Bourgeoisie. Die Hexenjagd erstreckte sich auf jeden, den die Bourgeoisie als RAF-„Sympathisant“ definierte. Diesmal wollen sie jeden Ex-Stasi-Mitarbeiter, jedes Ex-SED- und jedes PDS-Mitglied zum Kriminellen stempeln, weil sie „Terroristen Unterschlupf gewährt“ hätten. Ex post facto, also nachträglich, sollen sie nach dem berüchtigten Paragraph 129a des StGB der BRD vor Gericht gestellt werden und die „kleinen Erichs“ werden mit Repression bedroht.

Die „aufgeklärte“, „liberale“ Presse ist der Vorreiter dieser üblen Hysteriekampagne. *Der Spiegel* sagt, daß die DDR ein „Terroristen-Hort“ gewesen sei. *Die Zeit* druckt Leitartikel über die „RAF-Stasi-Verbindungen“. *Die Bevölkerung der DDR soll zu Blockwarten wie in Hitlers Terror-Reich gemacht werden.* (Deshalb auch die BND-Plakate an den Grenzübergängen, auf denen 50 000 DM für „Informationen“ versprochen werden — in anderen Worten, besorge dir deinen Notgroschen in Vorbereitung der Währungsunion, indem du deinen Nachbarn verpeifst).

Und die „alternative“ Westberliner *taz* spielt voll bei der Pogromhetze mit, sie veröffentlichte eine Liste von 9000 „Stasi-Adressen“. Da die Stasi ja schon aufgelöst wurde, bedeutet dies nichts anderes als eine Schwarze Liste für antikommunistische Schläger, eine Gefahr für jeden, der zufällig unter einer der Adressen lebt, die in dieser Liste aufgeführt sind.

Die Führungsrolle der SPD-nahen Zeitschriften *Die Zeit* und *Der Spiegel* überrascht kaum. Der *Zeit*-Herausgeber Helmut Schmidt war Kanzler der SPD/FDP-Regierung, die die „Antiterror“-Furcht des „deutschen Herbst“ 1977 schürte und die Stammheim bauen ließ, in den Medien waren sie Vorreiter der sozialdemokratischen Kampagne nach der antifaschistischen Treptower Mobilisierung. Die SPD stand an der Spitze derer, die als Vorbedingung des Anschlusses eine generelle Säuberung von Roten fordern. Enteignung der PDS und Berufsverbote, Massenentlassungen von Lehrern und anderen Staatsbediensteten: der einzige Unterschied ist, daß die Noskes unserer Tage diesmal Schäuble und Diestel die tatsächliche Drecksarbeit machen lassen wollen. (Die letzteren behalten sich natürlich das Recht vor, den Schmutz der Stasi durchzuwühlen, um diejenigen zu finden, die bereit sind, für das Vierte Reich zu arbeiten.)

Groteskerweise schürt die PDS selber die Hexenjagd, in der sie gejagt und enteignet werden soll. *Neues Deutschland* liefert sich mit den Gossenblättern von Springer einen Wettstreit bei der Denunzierung der angeblichen RAF-Stasi-Verbindung und verlangt, „die daran Beteiligten zur Verantwortung zu ziehen“. PDS-Mitglieder sollten besser verstehen, daß das Vierte Reich keinerlei „loyale Opposition“ dulden wird, was auch immer Gysi & Co. tun, um ihre reformistische Glaubwürdigkeit zu demonstrieren.

Im „deutschen Herbst“ 1977, während der Anti-RAF-Hexenjagd, als der Rest der „Linken“ in Deckung ging, war es allein die Trotzistische Liga Deutschlands, Vorläuferorganisation der SpAD, die konsequent die RAF gegen die Repression der Bourgeoisie verteidigte, während sie deren Programm der kleinbürgerlichen Verzweiflung über die revolutionäre Fähigkeit der Arbeiterklasse zurückgewiesen hat. Wir treffen eine klare Unterscheidung zwischen Angriffen auf Vertreter der Bourgeoisie — wie den hochrangigen SS-Typ Schleyer — und wahllosen Angriffen auf Un-

schuldige — wie dem heimtückischen Bombenanschlag auf die Westberliner Disco La Belle. Im ersten Fall haben wir die RAF gegen die Kriminalisierung und den Staatsterror verteidigt. Solche Aktionen sind kein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse und stehen in scharfem Gegensatz zu dem zweiten Fall. Diesen Angriff will die Bourgeoisie jetzt der RAF in die Schuhe schieben, ohne jeden Beweis. Heute sagen wir, als einzige konsequente Opposition gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, daß die wirkliche „terroristische Vereinigung“ in Bonn sitzt, der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs. Für Klassenkampf gegen ein Viertes Reich!

Wie ein SpAD-Sprecher kürzlich bei einer Diskussion auf einer Veranstaltung bemerkte:

„Wenn man die Frage von individuellem Terror gegen einzelne Repräsentanten des reaktionären Systems des Kapitalismus betrachtet, dann müssen wir erstmal über die DDR und die BRD hinausschauen. Die Bolschewiki sind ja entstanden aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands im politischen Kampf gegen den kleinbürgerlichen Terrorismus der Gruppe Narodnaja Wolja. Sie haben gesagt, der Weg, den Zaren zu stürzen, ist nicht, zu versuchen, ihn zu erschießen. Sondern der Weg liegt darin, die Arbeiterklasse zu organisieren. Das ist das, was die Bolschewiki als einzige Partei in der Welt geschafft haben, nämlich eine Arbeiterrevolution zum Sieg zu führen. Die Bolschewiki haben aber immer diese kleinbürgerlichen Terroristen verteidigt gegen den bürgerlichen Staat.“

Diestel hat seine Waffen bestellt für die Polizei hier wegen dem von Kohl angekündigten heißen Herbst. Diese Polizei wird dafür vorbereitet. Deshalb diese ganze Kampagne gegen Leute, die seit zehn Jahren nichts anderes gemacht haben als Kinder gesundgepflegt, Essen eingekauft und andere Kinder großgezogen. Das ist es, was hier im Moment läuft.“■

Briefwechsel mit KPD...

Fortsetzung von Seite 7

„grundfalsch“ findet, ist eng verbunden mit seiner Unterstützung vom „Sozialismus in einem Land“. Gorbatschows Zustimmung zu einem „neutralen“ kapitalistischen Deutschland liegt auf der gleichen Linie wie Stalins Vorschlag 1952, die DDR zu opfern im Austausch für „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus. Mittlerweile hat die Kreml-Bürokratie Afghanistan, Angola und Nicaragua aufgegeben und übt Druck aus für eine „politische Lösung“ mit dem Apartheid-Regime in Südafrika. In der UdSSR führt Perestroika zur Verarmung der werktätigen Massen und schürt nationalistische Auseinandersetzungen, darunter prokapitalistische Bewegungen, die direkt die Grundlagen der Sowjetunion bedrohen. Dies sind die bitteren Früchte von sechseinhalb Jahrzehnten Stalinismus.

Wie wir hervorhoben, als wir die Rolle Thälmanns, Stalins Mann in Deutschland, analysierten, trägt der Stalinismus zusammen mit der Sozialdemokratie direkte Verantwortung für den Sieg von Hitlers Drittem Reich mit all seinen schrecklichen Konsequenzen. Sich mit dieser Geschichte auseinanderzusetzen ist unverzichtbar für den Kampf gegen den Angriff des Vierten Reichs von heute. Es gab und gibt eine revolutionäre Antwort auf die Geschichte der Niederlagen des Stalinismus, und diese Antwort ist verkörpert im Programm des Trotzismus. Es ist das Programm der sozialistischen Weltrevolution, auf dem die deutschen Spartakisten die ursprüngliche KPD gegründet haben, und das wir und unsere Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga heute fortführen wollen.■

Wessen Kreatur ist Helmut Kohl?

Der Mann, der Führer sein möchte

Als Helmut Kohl 1985 in Bitburg mit Ronald Reagan die SS rehabilitierte, wußte er allzu gut, was er tat, und für wen. In den letzten Jahren ist international eine nervöse Angst über den bedrohlichen Aufstieg des deutschen Nationalismus zum Ausdruck gekommen. Grüne und Sozialdemokraten erhoben dabei tadelnd ihren Finger, sie sahen in Kohls Bitburg-Spektakel nichts als eine Peinlichkeit für die deutsche Nation. Für seine „nationalistischen Exzesse“ hatten sie schon immer schnell ein Alibi bei der Hand, wenn er von einem Fettnäpfchen ins nächste trat und die wahren Absichten seiner Klasse zu unverblümt artikuliert.

Jetzt, wo der deutsche Revanchismus angesichts des Zusammenbruchs des Stalinismus in Osteuropa sein Programm umsetzt, hat er Oberwasser gekriegt, und er versucht bewußt, seinen Einfluß als Schwergewichtler geltend zu machen. Heute sind Kohls imperialistische Kollegen allesamt geschäftig dabei zu versuchen, den Russen einzureden, daß ein Viertes Reich als Eckpfeiler der NATO gut für die Stabilität wäre, während Kohl lautstark droht: „Es darf kein zweites Versailles geben.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 26./27. Mai) Mit anderen Worten: versucht nicht, es mit dem „neuen“ Deutschland aufzunehmen, sonst kriegt ihr vielleicht einen neuen Hitler — „und diesmal kein Mr. Nice Guy mehr“, wie es in einem alten Witz heißt. Helmut Kohl hat sich verbissen am „freien Markt“ angeboten, um der erste Reichskanzler seit Hitler zu werden. Die bürgerlichen Liberalen und Sozialdemokraten machen sich über Helmut Kohl nicht mehr lustig. Sie stellen höchstens die rasende Geschwindigkeit in Frage, mit der er den Anschluß durchpeitscht; die Debatte wird jetzt nach seinen Bedingungen geführt.

Merkt es euch gut. Dieser „Kanzler der deutschen Einheit“ ist nicht der „gemäßigte Mann der Mitte“, der er zu sein vorgibt, sondern die Kreatur der rabiat revanchistischen deutschen Bourgeoisie. Diese hat seit 1945 ihre Chance gesucht, hat sich langsam aber beharrlich darauf vorbereitet, das unüberschaubare Eigentum im Osten zurückzuholen, von dem sie vertrieben wurde, als die Rote Armee das Hitler-Reich zertrümmerte. Das ist das alte Kapital, für das Kohl & Co. sprechen, und sie versuchen bewußt, die Geschichte zurückzurollen, ihr Eigentum zurückzuverlangen und die Hegemonie über „ihr“ osteuropäisches Hinterland wiederaufzurichten.

In den letzten Monaten ist Kohl den revanchistischsten Elementen konsequent entgegengekommen, z. B. weigerte er sich monatelang, die polnische Westgrenze (niemand spricht von der deutschen „Ostgrenze“) formal anzuerkennen. Als er letzten November nach Polen fuhr, drängte er bis zum Schluß darauf, sich an einer deutschsprachigen Messe beteiligen zu können, um den blutigen Sieg deutsch-nationalistischer Kräfte am 3. Mai 1921 bei St. Annaberg im ehemaligen Oberschlesien zu feiern. Und er hatte sogar die Chuzpe, von der polnischen Regierung *Entschädigung* für die Verluste zu verlangen, die die deutsche Bourgeoisie im Zweiten Weltkrieg östlich der Oder-Neiße — „im polnischen Bereich“, wie es in Bonn heißt — erlitten hatte. Westlich der Oder-Neiße-Grenze ist es dem Vierten Reich mittlerweile gelungen, eine Regierung zu installieren, die das nach 1949 vergesellschaftete Eigentum in der DDR an die Kapitalisten zurückgibt bzw. sie dafür voll entschädigt.



AP
Möchtegern-Führer Kohl salutiert 1985 mit US-Präsident Ronald Reagan vor SS-Gräbern in Bitburg

Tatsächlich war der Politiker Kohl seiner Klasse schon immer zu Diensten, wenn es darum ging, als Makler eine „Union“ zusammenzuhalten, die auch die diversen alten und neuen Nazis am Rand der CDU/CSU umfaßt. Und siehe da: die Meinungsumfragen gleich nach den Volkammerwahlen im März zeigten, daß Kohl dem SS-Mann Schönhuber teilweise das Wasser abgegraben hatte. Nicht umsonst hatte Kohl Skinhead-Banden und anderes Nazi-Gesinde bei seinen Wahlveranstaltungen in Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig als Schlägertrupps eingesetzt, die er brutal auf Gegendemonstranten losgelassen hat. Heute wüten Hunderte von Skinheads durch ostdeutsche Städte.

Der westdeutsche Staat behauptet offiziell, rechtmäßiger Nachfolger des Dritten Reiches zu sein. Die BRD übernahm viele seiner Gesetze unverändert (oder, wie bei den Anti-Ausländer-Gesetzen, in verschärfter Form). Nach der kurzen „Entnazifizierung“ nach 1945 (durchgeführt hauptsächlich per Federstrich) wurden die Kader der Hitler-Ära en gros rehabilitiert und nahmen alsbald in der Kalten-Kriegs-BRD als Führer von Staat, Wirtschaft und Justiz die Geschäfte wieder auf. Nun ja: wer sonst, wie Adenauer erklärte, kannte sich da aus? Viele von Bonns illustren Oberhäuptern der 50er Jahre waren unter Hitler hohe Tiere gewesen — Hans Globke (graue Eminenz der Adenauer-Ära, der während des Dritten Reichs den maßgeblichen Kommentar zu Hitlers Rassegesetzen verfaßte); Reinhard Gehlen, der Chef von Hitlers Nachrichtendienst Fremde Heere Ost, dessen gesamter Spionageapparat nach dem Krieg erst zu den Amerikanern überlief und dann geschlossen vom Bundesnachrichtendienst übernommen wurde; Hans Filbinger, der Marine-Blutrichter, der noch im Kriegsgefangenenlager faschistische Todesurteile fällte; Kanzler Kiesinger, der Goebbels' Verbindungsmann im Auswärtigen Amt war, um nur einige zu nennen. Andere sind auch ohne NSDAP-Mitgliedsbuch

Fortgesetzt auf Seite 10

Kohl...

Fortsetzung von Seite 9

Hitlers ergebene Diener gewesen, wie Ludwig Erhard, der schon im Krieg für seine wirtschaftlichen Nachkriegspläne vom Hitler-Regime gelobt wurde.

Kohl hat es oft vorgezogen, das Säbelrasseln seinen älteren Parteifreunden wie dem Hardliner und Ost-Front-Kämpfer Alfred Dregger zu überlassen. Als Teil der jüngeren Generation von „glatteren“, absatzfähigeren christdemokratischen Politikern pochte Kohl in seiner Selbstdarstellung auf die „Gnade der späten Geburt“ im Rahmen der hart geführten Werbekampagne, um dem aufsteigenden „neuen“ Deutschland ein besseres Image im internationalen Meinungsmarkt zu verpassen. „Freundlicher, sanfter“, wie sein Kumpel Bush im Weißen Haus würde.

Kohl besitzt vielleicht nicht den Nazi-Nachweis eines Kiesinger, doch seine politischen Verbindungen mit manchen der monströsesten Elemente des Dritten Reichs sind real genug. In den Kanzler-Sattel wurde er gehievt durch mächtige Kreise Großindustrieller, die ihr Vermögen dem Holocaust verdanken – Männer, die führende Kader in der I.G.-Farben-Sklavenwirtschaft waren, angegliedert an die Vernichtungslager. Und spätestens seit Bernt Engelmanns Buch *Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern* (1987) ist dies allgemein bekannt.

Engelmann verweist auf einen gewissen Dr. Fritz Karl Ries, den „einstigen Sklaventreiber von Trzebinia, Lodz und Auschwitz“, nach dem Krieg rheinland-pfälzischer Großindustrieller, der als Königsmacher den Politiker Kohl schuf:

„Ministerpräsident Kohl habe ‚gefälligst zu tun‘, was er, Ries, wünsche. Übereinstimmend zitierten die ‚Wirtschaftswoche‘ wie auch das exklusive ‚Manager-Magazin‘ Konsul Dr. Ries in Bezug auf Helmut Kohl: *‚Wenn ich den nachts um drei anrufe, muß er springen...!‘*“ (Ries hatte sich zum Honorarkonsul von Marokko ernennen lassen.)

Engelmann berichtet, daß Kohl seine Manager-Karriere bei BASF in Ludwigshafen begann, eine der Nachfolger-Teilfirmen von I.G. Farben, von denen jede einzelne (außer BASF noch Bayer, Hoechst, Casella) heute größer ist als I.G. Farben vor der Entflechtung 1945. Dort „entdeckte“ Dr. Ries seinen zukünftigen politischen Zögling (und segnete ihn reichlich mit „seiner finanziellen Förderung“):

„Fast zwei Jahrzehnte lang, während aus dem Ludwigshafener JU-Führer Helmut Kohl ein Stadtrat, dann ein CDU-Landtagsabgeordneter und schließlich ein rheinland-pfälzischer Ministerpräsident wurde, war dieser aufstrebende Politiker ... ein sehr häufiger Gast im Hause des Dr. Ries ... Der junge Politiker holte sich manchen Rat von seinem um 23 Jahre älteren, erfahrenen und fast väterlichen Freund und Gönner, und Dr. Ries erzählte ihm oft und gern, wie man aus bescheidenen Anfängen über Krieg, Niederlage, Vertreibung und Währungsreform hinweg zu Multimillionärs- und Konzernherren-Höhen aufsteigt...“

Wie ist also der Konsul-Doktor zu solchen Höhen aufgestiegen? Fritz Ries war sozusagen ein kleiner Fisch im Teich derjenigen, die durch Sklavenarbeit zu Multimillionären wurden, wie beispielsweise die Mitglieder des „Freundeskreises des Reichsführers SS Heinrich Himmler“ Leuna- und I.G.-Farben-Boß Heinrich Bütefisch (nach dem Krieg hingerichtet) und Friedrich Flick (nach dem Krieg noch reicher geworden). Doch immerhin war Ries mächtig genug, um am 23. Februar 1945 einen Lkw-Transport vom Westen nach Leipzig zu requirieren: 15 000 Flaschen, also 30 Tonnen ... Sekt. Unterlagen des SS-Sicherheitsdienstes

sprachen vom vertrauenswürdigen Ries als „Arisierungskönig“.

Diese Karriere begann mit einem kleinen Gummiwerk 1938. Die Leipziger Firma Flügel & Polter (sie wuchs an von 120 auf 10 000 Arbeiter) war bei den Arbeitssklaven als „Prügel und Folter“ bekannt. Die Kondome des Miguin-Betriebes, den er „mit der Unterstützung der NSDAP-Kreisleitung“ von seinen jüdischen Eigentümern „erwarb“, trugen ab 1938 auf der Packung die Aufschrift „Jetzt arisch!“ Fast ausschließlich durch dieselbe Methode riß er Betriebe an sich – in Sachsen, Plauen, Berlin, an der Oder, am Main, in München, in Österreich. Zum Schluß wurden Zehntausende Sklavenarbeiter – zuerst meistens jüdische, dann zunehmend polnische und ukrainische – in seinen „Oberschlesischen Gummiwerken“ in Trzebinia geschunden, bis sie, völlig entkräftet und ausgezehrt, die 20 Kilometer nach Auschwitz zu den Gaskammern und Öfen transportiert wurden, durch das Tor mit der Inschrift „Arbeit macht frei“, oder in die Lager von Jaworzno oder Wadowitz.

Anfang 1945 gab es nichts mehr zu arisieren, durch die „Judenaktionen“ war die Beschaffung von Arbeitssklaven erschwert, Hitler war geschlagen. Daher ließ auch Ries, genau wie Deutsche-Bank-Chef Hermann Abs und seinesgleichen, Reichsbahnzüge voll von gestohlenem Reichtum, Kunstschätzen usw. nach Westdeutschland verfrachten, er ließ Unmengen von Maschinenanlagen aus seinen industriellen Folterkammern sowie den persönlichen Reichtum seiner Opfer – Bargeld, Juwelen, Goldstücke, Dollarnoten –, den er ebenfalls gestohlen hatte, in den Westen transportieren. Mit großzügiger staatlicher Hilfe, die er auf Grundlage seines offiziell anerkannten Status als „Heimatvertriebener“ einstrich, baute er ein neues Imperium in Rheinland-Pfalz auf.

In den 60er Jahren gingen vom Ries-Kreis die Aktivitäten aus, die später erfolgreich dazu führten, im Interesse der Bourgeoisie die sozial-liberale Koalition abzulösen, die unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt und später von Helmut Schmidt stand. Ein Bündnis rechtskonservativer Kräfte mit der FDP wurde vorbereitet. Franz Josef Strauß, ein weiterer Ries-Intimus, wurde als Spitzenreiter fallengelassen zugunsten eines Zweiergespanns, das aus Helmut Kohl und, als „Vordenker“ der Operation, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf bestand. (Biedenkopf ist auch ein Busenfreund der Bankiers und Chemie-Industriellen, mit Verbindungen zu Henkel und Zyklon-B-Hersteller DEGUSSA.)

Als Gegenleistung für die Förderung, den väterlichen Rat und die gemeinsamen Auslandsreisen im Familienkreis ließ Kohl über die Jahre zig Millionen D-Mark aus der rheinland-pfälzischen Kasse springen, um die chronisch notleidende Ries-Gruppe über Wasser zu halten. Der unersättliche Ries ging aber trotzdem pleite und beging 1977 Selbstmord. Engelmanns Buch *Großes Bundesverdienstkreuz* hatte 1974/75 großes Aufsehen erregt, und die meisten Bonner Spitzenpolitiker seilten sich diskret von Ries ab. „Nur einem, nämlich Helmut Kohl, schien die düstere Vergangenheit seines langjährigen Gönners gleichgültig zu sein“, den er 1964 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz dekoriert hatte und dem er „noch im Februar 1972, in Würdigung seiner unternehmerischen Leistung und in Anerkennung seines Engagements für die Gesellschaft“ den Stern zum Großen Bundesverdienstkreuz an den Frack geheftet hatte.“

Für Marxisten ist dies nur logisch: eine kapitalistische Regierung ist eben das – der „geschäftsführende Ausschuß“ des Kapitals. Auch dieser geschäftsführende Ausschuß hat es in sich. Die o. g. „unternehmerische Leistung“ wurde natürlich „im Gespann“ mit zahlreichen

bekanntem Nazis vollbracht. Der Bayernkönig Franz Josef Strauß, der nur 5000 Mann starken „intellektuellen SS“ NSDStB angehört hatte, war ein regelmäßiger Gast im steiermärkischen Schloß von Ries, der wiederum der Frau von Strauß Aktien seines Unternehmens als Geschenk überreichte.

Das Gehirn hinter dem Kohl/Biedenkopf-Plan war anscheinend Dr. Hanns Martin Schleyer, Flick-Vertrauensmann, Daimler-Benz-Personalchef und Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Schleyer, in den Spitzenrängen der SS, war schon 1941-1944 im Zentralverband der Industriellen in Prag aktiv. Höchstwahrscheinlich war er für die bestialischen Massaker in Prag in den letzten Tagen der Nazi-Besetzung persönlich verantwortlich. Die Rote Armee Fraktion erinnerte die Welt an diese Tatsachen 1977, als sie ihn umbrachten (seine Leiche legten sie in ein Auto, gemietet unter dem Namen „Ries“). Dieser Akt individuellen Terrors, so fehlgeleitet und ohnmächtig er auch immer war, war mit Sicherheit kein Verbrechen gegen die Werktätigen! Und jetzt haben großbürgerliche Kreise mit ihrer charakteristischen bestialischen Arroganz eine „Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung“ in Leipzig aufgemacht, um die Wiedereroberung des Ostens mitzuorganisieren.

Die Arbeiterklasse muß ein Viertes Reich verhindern!

Das ist es also, wo Helmut Kohl, der Mann, der Reichskanzler sein möchte, herkommt. Es ist also kein Zufall, wenn er die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze blockiert oder das Gespenst einer revanchistischen Opposition im Stile Hitlers gegen ein „zweites Versailles“ androht. Doch ist das nicht eine Verschwörung eines kleinen Zirkels von alternden Industriellen, die noch vom Dritten Reich übriggeblieben sind. Es entspricht dem grundlegenden Drang der deutschen Bourgeoisie nach mehr „Lebens-

raum“. Was Hitler mit der Wehrmacht nicht gelungen ist, wollen sie gegenwärtig mit der D-Mark schaffen. Und daran sind alle Parteien des „demokratischen“ Vierten Reichs beteiligt, besonders die Sozialdemokratie, die gerade für den Anschlußvertrag gestimmt hat. Tatsächlich hat die SPD in den letzten Monaten wiederholt Helmut Kohl den Vortritt gegeben, der die aggressivere Politik des deutschen Imperialismus besser zum Ausdruck bringt.

Jetzt meint die deutschen Bourgeoisie, daß ihre wildesten Träume in der DDR wahr werden. Nachdem Brandt, Vogel und Lafontaine den Weg vorbereitet haben, hat die Bourgeoisie die SPD überholt und Abermillionen von D-Mark aufgewendet, um die Volkskammerwahlen zu kaufen. Sie drängt auf ein Viertes Reich, bevor die Werktätigen aufwachen und feststellen, was mit ihnen passiert.

Die Werktätigen der DDR, die Kohl und seine Partei gewählt haben, sind in die Falle einer gewaltigen Macht- und Propagandamaschine gegangen, mit ihren zynisch verlogenen Versprechungen von einem kapitalistischen großdeutschen Paradies. Gelingen konnte dies teilweise, weil die ostdeutschen Arbeiter ihre künftigen Herren nicht kennen. Doch wie die nacheinander folgenden Wellen von Warnstreiks zeigen, wird es den Arbeitern täglich offensichtlicher, daß das Kapital sie zu Freiwild für die hemmungslose Ausbeutung erklärt hat. Die Staatswappen werden abmontiert, nicht nur an der Grenze zur BRD, und der Vormarsch des Kapitals nach Osten beschleunigt sich. Um der gesamten Menschheit willen darf die sinistre Operation des Kapitals nicht gelingen! Die Arbeiter in Ost und West müssen sich in mächtigen Kämpfen gegen die Kapitalistenklasse, die Gebieter der Kohls und Lafontaines, vereinen. Eine revolutionäre, wirklich leninistische Partei ist dringend notwendig, um diese Kämpfe zu organisieren und zum Sieg zu führen, zu einem roten Rätendeutschland in einem sozialistischen Europa! Nur die proletarische Demokratie in ganz Deutschland kann mit dem unaussprechlichen Dreck aufräumen, auf dem die Bundesrepublik aufgebaut wurde. Allein das Proletariat an der Macht wird die Opfer des Holocaust rächen! ■

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 16

sein könnte zu gewalttätigen antikommunistischen Pogromen, die notwendig sind, um die kapitalistische Restauration auf einen Schlag durchzusetzen. Aber die rumänischen Arbeiter machten zum wiederholten Male mobil, als Antwort auf Appelle der Regierung (im Januar, Februar und wieder im Juni), als sie die Gefahr einer Konterrevolution sahen.

Sieben Wochen lang hatten rechtsradikale Studenten den Universitätsplatz im Stadtzentrum von Bukarest besetzt gehalten und ihn zu einer „Neokommunistenfreien Zone“ erklärt. Sie verlangten, daß frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei, die das Land bis zum Sturz des brutalen Ceausescu-Regimes letzten Dezember beherrscht hatte, zehn Jahre lang aus allen Staatsämtern verbannt werden sollten. Damit wäre praktisch die gesamte Nationale Rettungsfront ausgeschlossen worden, die bei den Wahlen Mitte Mai mehr als zwei Drittel der Stimmen gewonnen hatte. Als Minister der Front versuchten, mit den Protestierenden zu verhandeln, wurden die Abgesandten der Regierung davongejagt. Die imperialistische Presse hat die Protestierer zu Vorkämpfern für „Demokratie“ hochstilisiert, aber von den Werktätigen Rumäniens sind sie allgemein als elitäre Ultra-Nationalisten verachtet worden.

Am frühen Mittwochmorgen, dem 13. Juni, räumte die Polizei den Universitätsplatz von Protestierern, die eine der Hauptverkehrsadern von Bukarest blockiert hatten. Am

Nachmittag desselben Tages eroberten mehrere tausend Studenten den Platz zurück und setzten Busse und Polizeiwagen in Brand. Dann benutzten sie diese Wagen, um die Vordertür des Polizeihauptquartiers zu rammen, und steckten das Gebäude in Brand sowie ein paar Dutzend Fahrzeuge in der Nähe. Als Antwort darauf hat Präsident Ion Iliescu die Einwohner dazu aufgerufen, sich auf den Straßen um den Regierungssitz herum in Massen zu versammeln, um „die Demokratie zu verteidigen“. Die *Washington Post* (14. Juni) berichtete, daß „es viele Opfer gab bei den Kämpfen vor dem Fernsehsender, als Fabrikarbeiter in die Stadt strömten, um die Regierung zu schützen“:

„Sirenen heulten in den Fabriken. Um 8.30 Uhr kamen 1000 Arbeiter an, um die Fernsehstation zu befreien, die schon von den Protestierern besetzt war. Die Arbeiter versammelten sich dann auf dem Siegesplatz.

Schwarze Rauchschwaden quollen aus dem Polizeihauptquartier... Die Menge verwüstete das Gebäude und warf, bevor sie es in Brand setzte, Dokumente und Möbel aus den Fenstern.

Teenager fuhren erbeutete Polizeiwagen in die Eingangstore, um sie aufzubrechen, während die Menge sie mit Sprechhören anfeuerte: ‚Die zweite Revolution!‘

Die Protestierer setzten auch das Innenministerium in Brand und versuchten, in das ehemalige Hauptquartier der Securitate (Geheimpolizei) einzudringen...“

Inzwischen hatten Tausende von Bergarbeitern im Jiu-Tal mobil gemacht und trafen nach einer nächtlichen Fahrt

Fortgesetzt auf Seite 12

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 11

Donnerstag früh vorm Morgengrauen in der Hauptstadt ein. Sie nahmen schnell den Universitätsplatz ein und packten jeden, der verdächtig aussah, wobei die meisten Studenten sich nach den Krawallen der Nacht abgesetzt hatten. Einigen Rechten riß man die Kleider vom Leib, andere mußten Spießrutenlaufen, wurden geschlagen, getreten und mit Gummischläuchen verprügelt, ehe man sie zu den Polizeistationen schleppte. Mittlerweile weigerten sich Setzer, die Oppositionszeitung *Romania Libera* zu drucken, und Delegationen von Arbeitern aus dem ganzen Land marschierten in Kolonnen durch die Straßen. In seiner Ansprache bei einer Kundgebung im Stadion dankte Präsident Ion Iliescu später den Bergarbeitern und sagte, er hoffe, daß sie „diesen Kampfgeist beibehalten und weiterentwickeln“ würden.

Die imperialistische Presse schrie Zeter und Mordio: Die *New York Times* (15. Juni) berichtete mit dem echten Entsetzen der privilegierten Klasse, daß die Bergarbeiter „in dreckiger Arbeitskleidung, mit Helmen, mit rußgeschwärzten Gesichtern“ Jagd machten auf „gutgekleidete Professoren, Studenten, Fotojournalisten, Reporter, Mütter mit Kindern und auf Mädchen, die ihre Hunde ausführen“. Der amerikanische Autor William McPherson wurde zitiert mit dem Ausspruch: „Es war wie das Ende der Zivilisation.“ Dies wurde aufgegriffen von der *Financial Times* (18. Juni), die sich darüber beklagte, daß beim Durchwühlen der Büros der Oppositionsparteien „die Bergarbeiter alle ihre Computer, Telefone und Faxgeräte zerstörten“. *Le Monde* (17. Juni) schrieb einen analytischen Artikel über „Arbeitermilizen und ‚Fascho-Kommunismus‘“.

Abgesehen von einer Handvoll von Artikeln haben die westlichen Medien kaum über die rechten Ausschreitungen des 13. Juni berichtet. Die *Times* schrieb in einem Leitartikel, daß die Nationale Rettungsfront auf „friedliche Demonstranten“ mit „einer an Tiananmen erinnernden Brutalität“ geantwortet hätte, obwohl es nur sechs Tote gegeben hatte. Daß Iliescu die Protestierer vom Universitätsplatz „faschistische Rebellen“ genannt hatte, sei „schlechte Unverschämtheit“, schrieben sie. Doch selbst die „subtileren“ Antikommunisten von *Le Monde* bemerkten, daß „die ‚golans‘ (Hooligans), die den Universitätsplatz besetzt hatten“, „zu den gewalttätigsten und entschiedensten“ Regierungsgegnern gehörten, und sie berichteten, daß große Menschenmengen den Bergarbeitern applaudierten.

Die *Washington Post* (20. Juni) hielt die „überraschende Tatsache“ fest, daß „wenige Rumänen“ gegen die Entscheidung der Regierung waren, den „Pro-Demokratie-Sit-ins“ ein Ende zu setzen.

Und was die „Unverschämtheit“ angeht, die Protestierer Faschisten zu nennen, so muß ein Artikel von Paul Hockenos in der sozialdemokratischen *In These Times* (6. Juni) feststellen, daß „die Demokratie-Bewegung einige besorgniserregende Aspekte“ hat, darunter „die neue Betonung von nationalistisch-religiösen Werten“ und eine „Haßpsychologie“, die zu gewalttätigen Angriffen gegen Rumäniens ungarische Minderheit geführt hat. Hockenos, der kein Freund des Regimes der Rettungsfront ist, berichtet, daß „ungefähr die Hälfte der Studenten in Bukarest Sympathie mit der neofaschistischen Organisation Vatra Romeneasca zum Ausdruck bringt“, die für einen „primitiven fremdenfeindlichen Nationalismus, der sich gegen die ethnischen Ungarn richtet“, eintritt. „Vielleicht am alarmierendsten ist die Stärke der Ultrarechten in der Führungsspitze der Studentenbewegung“, fährt er fort. „Der Präsident des Studentenbundes, Marion Munteanu, und der Zeitungsherausgeber Sorin Dragan ... vertreten unverfroren nationalistische Anschauungen“, und Dragan sei „ein Monarchist und aktives Mitglied von Vatra Romeneasca“.

Osteuropa: die alte Scheiße kommt wieder hoch

Für den Augenblick hat die Aktion der rumänischen Arbeiter den rechten Vorstoß aufgehalten. Aber überall in Osteuropa taucht solch reaktionärer Abschaum auf. Auf dem Alexanderplatz in Ostberlin haben Skinheads und Neonazis mit dem Hitlergruß am 21. April öffentlich Hitlers Geburtstag gefeiert. Anfang Mai griff ein Mob von 400 Leuten mosambikanische Arbeiter im Ostberliner Stadtteil Lichtenberg an, unter dem Geschrei: „Ausländer raus, N---r raus.“ In Ungarn wird die Fußballmannschaft des — früher einmal jüdischen — ungarischen MTK mit Gekreische begrüßt: „Keine Tore für die Juden. Dreckige Juden. In die Gaskammern.“ In Jugoslawien wurden die kürzlichen Wahlen in Kroatien von der rechten nationalistischen Kroatischen Demokratischen Union gewonnen, die teilweise durch Beiträge von emigrierten Ustasha-Faschisten finanziert wird, die Kroatien während des Zweiten Weltkriegs als blutrünstige Marionetten Nazideutschlands regierten.

Während die kapitalistischen Ideologen den „Tod des Kommunismus“ in Osteuropa bejubeln, hat der Einzug von prokapitalistischer „Demokratie“ dort all den alten nationalistischen, antisemitischen, antikommunistischen mörderischen Abschaum hochgebracht, der vor dem Sieg der Roten Armee 1945 die Region beherrscht hatte. Seit mehr als 40 Jahren haben der westliche Imperialismus, seine sozialdemokratischen Agenten und der Vatikan davon geträumt und dafür Pläne geschmiedet, den „gottlosen, totalitären Kommunismus“ in Osteuropa zu stürzen und wieder eine kapitalistische „christliche“ Ordnung einzuführen. Mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Bürokratie von der DDR bis Jugoslawien und bei der Eile, mit der die neuen Regime darangehen, die „freie Marktwirtschaft“ wieder einzuführen, beginnen sie das zu kriegen, was sie wollen — und das ist ganz schön ekelhaft.

Genauso wie Gorbatschows marktorientierte Perestroika blutige nationalistische Auseinandersetzungen im sowjetischen Transkaukasien angeheizt hat, sehen wir also die Anfänge ähnlicher Entwicklungen in Osteuropa. In Rumänien, wo Ceausescus Sturz von den Protesten über die Unterdrückung der großen ungarischen Minderheit in

Abonnieren die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben):
DM 10,—
Alle Abos enthalten
Spartacist
(deutsche Ausgabe)

Bestellt bei:

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 119 88-601

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der
Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496



Transsylvanien ausgelöst wurde, peitschen heute Faschisten Fremdenfeindlichkeit und rumänischen Nationalismus auf. Ende März wurden sechs Menschen umgebracht von rumänischen Horden, die mit Heugabeln und Äxten Ungarn angriffen, die für Sprachenrechte demonstrierten. Nationalistischer Streit in Transsylvanien hat natürlich eine Reaktion in Ungarn hervorgerufen und damit zu dem unerwarteten Sieg des nationalistischen Demokratischen Forums beigetragen. Man kann sich leicht einen Krieg zwischen einem „demokratischen“ Ungarn und einem „demokratischen“ Rumänien vorstellen.

Zionistische Führer aus der ganzen Welt haben Anfang Mai tagelang in Westberlin darüber debattiert, wie groß die Gefahr einer neuen Welle des Antisemitismus ist, und haben sich gegenseitig gefragt, warum der alte Alptraum wiederkommt. Die Antwort ist einfach. Die Offensive für eine kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa hat all den Nationalismus verstärkt, der die Region seit dem letzten Jahrhundert geplagt hat, und hat auch den Dreck erneut hochgespült, den auszumisten die Stalinisten nicht geschafft haben.

Die stalinistischen Regime in Osteuropa konnten einiges von dem reaktionären Gesindel, das historisch diese Region geplagt hat, unter Kontrolle halten, aber sie konnten nicht die materielle Basis legen für seine Eliminierung. Wirtschaftliche Autarkie, bürokratisches Herumkommandieren, Nationalismus, die Beschwichtigung des Imperialismus, die durchgehende Fälschung der Geschichte, die Unterdrückung des unabhängigen politischen Lebens der Arbeiterklasse — dies sind die Merkmale der stalinistischen Regime in der Sowjetunion und Osteuropa gewesen. Wie der junge Karl Marx schrieb, zwei Jahre vor dem *Kommunistischen Manifest*, ist die „Entwicklung der Produktivkräfte ... auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel die Notdurft verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte“.

Antikommunismus, Antisemitismus

In der DDR werden jede Woche jüdische Grabsteine sowie Gebäude, die mit jüdischen Aktivitäten in Verbindung gebracht werden, mit antisemitischen Schmierereien verunstaltet; kürzlich wurde auch das Grab des Schriftstellers Bertolt Brecht geschändet mit „Juden raus“. Brecht war kein Jude, doch ganz sicher hat er Antisemiten und Faschisten gehaßt. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, schrieb er nach dem Zweiten Weltkrieg über die Hitlersche braune Seuche. In Polen, wo nur 4400 jüdische Einwohner übriggeblieben sind von 3,5 Millionen vor dem Krieg, ist das Jüdische Staatstheater in Warschau mit den Parolen beschmiert worden: „Juden in die Öfen. Juden zu Seife.“ Und in der Sowjetunion, wo Gorbatschows Perestroika alle nationalen Gegensätze verschärft hat, rufen die faschistischen Schwarzhemden von Pamjat offen zu Pogromen auf.

Dieser üble Auswuchs der „Demokratisierung“ des Sowjetblocks ist so ekelhaft und gefährlich geworden, daß sich sogar größere kapitalistische Medien gezwungen sehen, darüber zu berichten. *Newsweek* (7. Mai) widmete dem Gegenstand einen siebenseitigen Bericht und bemerkte: „Das alte Gespenst kehrt zurück: Antisemitismus, der Sprößling von hemmungsloser Religion und ungezügelter Nationalismus, breitet sich am Rande der neuen Politik in der Sowjetunion und in Osteuropa aus.“ Der Aufstieg von Klerikal-Nationalismus ist nur der ideologische Ausdruck für die Offensive in Richtung kapitalistische Konterrevolution. Hinter den vulgären Schlägertypen, die in

Ostberliner und Budapester Bierkellern Pogrome ausbrüten, stehen die über-alles-zivilisierten Bankiers von Wall Street, Londoner City und Frankfurt.

Antisemitismus wird nicht nur durch rückwärts gewandte Ideologien geschürt, sondern auch durch die wirtschaftliche Unsicherheit. Sogar die CIA rechnet jetzt damit, daß der „Übergang zu einer Marktwirtschaft“ in Osteuropa zu Millionen von Arbeitslosen führen wird, bei gleichzeitigem massiven Abbau der Sozialleistungen. Szymon Szurmiej, der Chef des Jüdischen Staatstheaters in Polen, weist darauf hin: „Wenn die wirtschaftliche Lage schwierig wird, suchen diejenigen, die Politik spielen, ein Sicherheitsventil, und die Juden sind ein Sicherheitsventil.“

Osteuropäische Antisemiten haben die alte Hitlersche Leier über eine „jüdisch-bolschewistische Verschwörung“ wieder ausgegraben. Der *Newsweek*-Artikel bietet eine halbe Rechtfertigung dafür: „In dem Maße, wie Juden dabei halfen, die kommunistische Herrschaft in Osteuropa einzuführen, werden Antikommunisten etwas gegen sie haben.“ In den ersten Nachkriegsjahren spielten jüdische Kommunisten in den neuen osteuropäischen Regimen wirklich eine wichtige Rolle; denn sie waren mit voller Leidenschaft Feinde der alten Ordnung von Adler und Kreuz in Polen, der Pfeilkreuzler in Ungarn und der Eisernen Garde in Rumänien.

Doch Anfang der 50er Jahre startete Stalin eine brutale antisemitische Kampagne sowohl in Rußland (das „Komplotz der Kremlärzte“) als auch in Osteuropa. Prominente osteuropäische Juden (zum Beispiel Rudolf Slansky in der Tschechoslowakei, Ana Pauker in Rumänien, Gabor Peter in Ungarn, Paul Merker in der DDR) wurden als Agenten des „Zionismus und Imperialismus“ die Opfer von Schauprozessen. Die Ära des „liberalen“ Stalinismus, die 1956 einsetzte, führte zum Aufstieg von „Nationalkommunisten“ auf Kosten der jüdischen Mitglieder der Bürokratie, besonders in Polen. In den 70er Jahren hatten nur wenige Juden Machtpositionen in Giereks Polen, in Husaks Tschechoslowakei oder in Kádárs Ungarn. Aber da die neuen antikommunistischen Regime sich vorgenommen haben, ihre Länder für „demokratische“ kapitalistische Ausbeutung zu „säubern“, sind Juden und Rote zu bequemen Sündenböcken geworden.

Dieses Gemisch von Antikommunismus und Antisemitismus ist nichts Neues. Viele Juden, die unter den grauenhaften Pogromen der zaristischen Schwarzhunderter litten, fanden im bolschewistischen Internationalismus den Weg, mit dem sie sowohl den Antisemitismus als auch das kapitalistische System, das ihn aufrechterhält, bekämpfen

Fortgesetzt auf Seite 14

Schulungsreihe der SpAD

5. Juli, 18.00 Uhr:

Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt!
Für proletarische-politische Revolution
von Moskau bis Hanoi!

19. Juli, 18.00 Uhr:

SPD: Bluthunde der Deutschen Bank

Leseliste erhältlich im:

**SPARTAKIST-Treffpunkt
Grünauer Straße 5
S-Bahnhof Schöneweide**

Geöffnet: Dienstag, Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr
Sonnabend von 11.00 bis 14.00 Uhr

Für weitere Informationen wendet Euch an die Kontaktadresse oder Spartakist-Treffpunkt

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 13

konnten. Einige der hervorragenden bolschewistischen Führer — Trotzki, Swerdlow, Kamenjew, Sinowjew, um nur ein paar zu nennen —, die eine führende Rolle spielten in der Russischen Revolution vom Oktober 1917 und im Kampf um die Schmiedung der leninistischen Dritten Internationale, waren Juden. In den 20er und 30er Jahren strömten die stark unterdrückten Juden Osteuropas in die kommunistischen und anderen linken Parteien. Wie der brillante jüdische Marxist Abraham Leon, der in Auschwitz umgebracht wurde, 1938 in seinem Buch *Judenfrage & Kapitalismus* schrieb:

„Die herrschenden Klassen verfolgen mit besonderem Sadismus die jüdischen Intellektuellen und Arbeiter, die viele Kämpfer für die proletarische Bewegung stellten. Die völlige Isolierung der Juden von den Quellen von Kultur und Wissenschaft wird für das ins Schwanken geratene Regime, das sie verfolgt, unumgänglich. Die lächerliche Legende vom „jüdischen Marxismus“ ist nichts weiteres als eine Karikatur der tatsächlichen Beziehung zwischen dem Sozialismus und den jüdischen Massen.“

Leon schrieb dies zu einer Zeit, als die jüdischen Gemeinden in Osteuropa Hochburgen der Linken waren und die Juden in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten politisch im allgemeinen ein gutes Stück links von der Mitte standen. Der Aufstieg des zionistischen Israel in Verbindung mit jahrzehntelanger stalinistischer Unterdrückung hat den politischen Schwerpunkt der jüdischen Gemeinden nach rechts verschoben, in Ost und West. Doch für die Faschisten, die Klerikal-Nationalisten und den anderen reaktionären Abschaum, der in Osteuropa herumläuft, ist die Gleichsetzung von jüdisch und rot immer noch ausgesprochen lebendig. Kapitalistische Konterrevolution wird daher sowohl antisemitische Pogrome bringen als auch Verelendung der Arbeiterklasse.

McCarthyismus kommt nach Osteuropa

Das heutige Osteuropa erlebt eine wahnsinnige anti-kommunistische Hexenjagd — nicht nur: „Sind Sie jetzt ... oder sind Sie je ... gewesen?“, sondern auch: „Was ist mit Ihrem Bruder, Ihrer Schwester, Ihrer Mutter, Ihrem Vater ... und dem Vater Ihres Vaters?“ Der frühere Bürgermeister von Ostberlin bekommt wegen seiner kommunistischen Vergangenheit nicht einmal eine Arbeit. In der Tschechoslowakei, dem Land der „sanften Revolution“, verlangte der Staatsanwalt von Prag, Tomas Sokol, das Verbot der Kommunistischen Partei, die er mit dem Faschismus gleichsetzt; während der politisch einflußreiche katholische Priester Vaclav Mali die Kommunisten „eine Mafia im Hintergrund“ nannte. Sie sind beunruhigt darüber, daß die KP in der Tschechoslowakei weiter erhebliche Unterstützung von der Arbeiterklasse erhält und bei den Wahlen am 9. Juni 13 Prozent der Stimmen erzielt hat.

Von Polen über die Slowakei bis Kroatien versucht die wiederauferstehende katholische Kirche unter Papst Johannes-Paul Wojtyla aus Krakow, in Europa eine neu-mittelalterliche „christliche Ordnung“ zu errichten. Die „demokratische“ Konterrevolution in Osteuropa ist in hohem Maße von ehemaligen stalinistischen intellektuellen Dissidenten angeführt worden, die sich in Sozialdemokraten oder bürgerliche Liberale westlichen Stils verwandelt haben. Doch jetzt geraten diese Leute unter Beschuß von klerikal-nationalistischen Kräften, die noch

rechts von ihnen stehen. So war Jan Sabata, der aus der tschechoslowakischen KP ausgeschlossen worden war, nachdem sowjetische Panzer dem Prager Frühling 1968 ein Ende gesetzt hatten, in Brno, der Hauptstadt von Morava, vor kurzem die Zielscheibe von grölenden rechten Horden. „Primitive, beinahe faschistische Gedanken existieren in unserer ganzen Republik“, rief er aus.

Kommunistenhetze gegen frühere KP-Mitglieder beherrschte die Wahlen vor kurzem in Ungarn. Die Freien Demokraten sind unbeugsame prowestliche Intellektuelle, die nach einer „freien Markt“wirtschaft schreien, nach Investitionen des ausländischen Kapitals und nach der Mitgliedschaft in der EG. Doch eine Reihe von führenden Freien Demokraten sind ehemalige Linke mit jüdischer Abstammung. Gegen sie griff das Demokratische Forum zu scharfen nationalistisch-faschistischen Aufrufen. Im Januar erklärte der Forum-Unterstützer und bekannte Schriftsteller Istvan Czurka im Radio: „Ungarn, erwachet!“, als er gegen die „zwerghafte Minderheit“ wettete, über die er behauptete, sie versuche, das Land zu kontrollieren. „Ungarn, erwachet!“, war die Hauptparole der faschistischen Pfeilkreuzler in den 20er und 30er Jahren. Viele Wahlplakate der Freien Demokraten wurden mit dem Davidstern und dem Pfeilkreuz beschmiert.

Kommunistenhetze spielte auch eine große Rolle bei den Wahlen in Rumänien, wo die alptraumhafte Herrschaft von Nicolae Ceausescu im letzten Dezember durch einen Volksaufstand gestürzt wurde, der vom militärischen Oberkommando unterstützt wurde. Der Tyrann, eine Kreuzung zwischen Josef Stalin und Graf Dracula, wurde von seinen Generälen schnell hingerichtet. An seiner Stelle wurde die Nationale Rettungsfront gegründet, geführt von ehemaligen stalinistischen Apparatschiks wie Ion Iliescu, die mit dem großenwahnsinnigen Ceausescu und seiner Familie in Konflikt geraten waren. Doch während Iliescu & Co. ihre Zuneigung zur westlichen Sozialdemokratie erklärten, wurden Führer der Front von der rechtsgerichteten Nationalen Christdemokratischen Bauernpartei (ein Sammelbecken für die Vorkriegsfaschisten der Eisernen Garde) und der Nationalliberalen Partei als Krypto-Kommunisten angegriffen.

Wie sich herausstellte, errang die Rettungsfront einen überwältigenden Sieg, wobei die Liberalen und Bauern zusammen weniger als 10 Prozent der Stimmen erhielten. Und als die frustrierten Ultrarechten versuchten, durch Randalieren einen Staatsstreich vorzubereiten, während Armee und Polizei passiv danebenstanden, reagierten die Arbeiter mit Begeisterung auf Iliescus Hilferuf. Was erklärt diesen massiven Rückschlag für die Rechte in Rumänien, der das Schema in anderen osteuropäischen Ländern durchbricht?

Die Front gewann dadurch große Popularität, daß sie schnell die Heizungen anstellte, das Licht einschaltete und mehr Nahrungsmittel lieferte. Dies erhöhte den Lebensstandard gegenüber dem aufgezwungenen Elend des Ceausescu-Regimes erheblich; dieses Regime hatte Rumäniens Wohlstand ausgelaut, um Kredite bei der Wall Street und den Frankfurter Bankiers abzubezahlen. Die Bergarbeiter, alles andere als Anhänger von Ceausescu, waren die ersten, die rebellierten, 1977 mit einem Streik im Jiu-Tal, der brutal unterdrückt wurde. Iliescu verdoppelte ihre Löhne und verkürzte die Arbeitswoche auf vier Tage. In einem Gastkommentar für die *New York Times* (19. Juni) machte Daniel Nelson von der Carnegie-Stiftung die Bemerkung: „Industriearbeiter, darunter die Bergarbeiter, sind eine Schicht, bei der Herr Iliescu unerschütterliche Unterstützung genießt. Seine kommunistische Vergangenheit stört die meisten Arbeiter nicht, aber die Angst vor Ar-

beitslosigkeit schon — und die Front hat die Treue der Arbeiter dadurch gewonnen, daß sie einen langsamen wirtschaftlichen Übergang zu einer Marktwirtschaft garantiert.“

Aber Rumäniens Ex-KP-Herrscher befinden sich jetzt in einem Dilemma. Der Londoner *Guardian* (15. Juni) bemerkte: „Durch die Entfesselung von gewalttätigen Arbeitern auf den Straßen der Hauptstadt hat Herr Iliescu im wesentlichen seine Zukunft mit einer Politik verbunden, die jede Wirtschaftsreform ausschließt. Es kann keine wirtschaftliche Umstrukturierung stattfinden, ohne unprofitable Fabriken zu schließen, aber dies steht jetzt außer Frage.“ Und mit all dem Hochmut von Kapitalisten, die verächtlich über die „Herrschaft des Mobs“ herziehen, hat die Pariser *Libération* vom gleichen Tag es sehr kraß vom kapitalistischen Standpunkt aus formuliert: „Wenn sie sich zu oft an ‚die Straße‘ wenden, setzt sich das rumänische Regime einer scharfen Kehrtwendung aus, wenn die Gesellschaftskrise ausbricht, die viele Experten für unvermeidlich halten.“

Die Arbeiter und Genossenschaftsbauern in Rumänien sind sich sehr wohl der gewaltsamen Unterdrückung bewußt, die in den 30er Jahren von dem faschistischen Regime der Eisernen Garde ausgeübt wurde, auf das die Antikommunisten vom Universitätsplatz mit Begeisterung schauen. Aber die Werktätigen Osteuropas können ihre wirtschaftliche Sicherheit nicht dadurch aufrechterhalten, daß sie Politiker unterstützen, die eine soziale Demokratie wie im Westen versprechen — die kuschelweiche Version von Konterrevolution. Ob schnell oder langsam, die Einführung von marktorientierten Reformen, die zur Restauration des Kapitalismus führen, wird auf Kosten der Arbeiter gehen. Was dringend gebraucht wird, sind wirklich kommunistische Parteien, die fest zur *Verteidigung des vergesellschafteten Eigentums* stehen, auf der Grundlage der Perspektive der internationalen proletarischen Revolution, auch in den imperialistischen Zentren Westeuropa, Nordamerika und Japan.

Für kommunistischen Internationalismus!

Als in der DDR die Faschisten zum ersten Mal das sowjetische Ehrenmal in Ostberlin angriffen, gab es auch eine machtvolle Antwort von der Arbeiterklasse. Nachdem unsere Genossen von der Trotzkiistischen Liga Deutschlands (jetzt die Spartakist-Arbeiterpartei) dazu aufgerufen hatten, die Nazis durch eine Arbeitereinheitfrontaktion am 3. Januar zu stoppen, griff die damals noch herrschende stalinistische SED den Appell auf, und 250 000 kamen in den Treptower Park, um ihre Solidarität auszudrücken mit der Roten Armee, die das Hitlerregime zerschlagen hatte. Dies wurde auf der Titelseite der sowjetischen Armeezeitung *Krasnaja Zvezda* (Roter Stern) gebracht (mit einem Foto, das deutlich das Banner der TLD zeigt, das zur Verteidigung der Sowjetunion aufruft).

Aber danach, als die Bourgeoisie die Treptow-Mobilisierung scharf angriff, schreckten die stalinistischen „Reformer“ vor der Wut der Sozialdemokraten und ihrer kapitalistischen Herren zurück. Und in dieser Mobilisierung sahen sie alle das Schreckgespenst der politischen Revolution und des Bürgerkriegs. Das Gleiche passiert jetzt vielleicht in Rumänien, wo sich Ministerpräsident Petr Roman für die „Exzesse“ der Bergarbeiter entschuldigt.

Die Kampagne zur Restauration des Kapitalismus in Osteuropa entfesselt die gewalttätigsten, primitivsten nationalistischen Leidenschaften, um den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse zu verhindern. Macht euch nichts vor — der Kapitalismus wird in Osteuropa oder in der Sowjetunion nicht von einem Haufen charmanter Stückeschreiber

restauriert werden, die an sonnigen Sonntagnachmittagen friedlich gewählt worden sind. Christian Rakowski, zusammen mit Trotzki Führer der Internationalen Linken Opposition, wies 1929 auf die Gefahr hin, daß die tiefgreifende Stalinisierung der sowjetischen Kommunistischen Partei es dem Klassenfeind ermöglichen würde, „in unsere sowjetische Festung unter der falschen, scheinheiligen und niederträchtigen Flagge der bürgerlichen Demokratie“ einzubrechen, „um damit den Weg zu bereiten für den offenen Faschismus“.

Was notwendig ist, um die kapitalistische Konterrevolution und die von ihr erzeugte allseitige Reaktion zu bekämpfen, das ist vor allem die Schmiedung wirklich kommunistischer (leninistisch-trozkistischer) Parteien. Die bolschewistische Partei wurde aufgebaut und triumphierte im unversöhnlichen Kampf gegen alle Formen des Nationalismus. Der Gründer der Roten Armee, Leo Trotzki, und der erste Vorsitzende des Allrussischen Obersten Sowjets, Jakow Swerdlow, waren Juden. Der Gründer der Tscheka (politische Polizei), Felix Dserschinski, war ein Pole, und seine wichtigsten Mitstreiter, Martin Latsis und Jakow Peters, waren Letten. Stalin war ein Georgier, und Lenin war ein Russe. Der erste bolschewistische Regierungschef in der Ukraine, Rakowski, war ein gebürtiger Bulgare, der die rumänischen Sozialisten in dem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg geführt hatte.

Kapitalistische Restauration ist ein blutiges Geschäft, und die Stoßtruppen der Konterrevolution haben angefangen, offen mobil zu machen. Sollte es dem Proletariat, jahrzehntelang von den Stalinisten in die Irre geführt und atomisiert, nicht gelingen, seine grundlegende Klassenmacht ins Feld zu führen, um diesen Kampf aufzunehmen und zu gewinnen, dann werden die resultierenden Regierungen keine stabilen parlamentarischen Demokratien sein, sondern faschistische Diktaturen, geschmiedet durch die Zerschlagung der deformierten Arbeiterstaaten und der Arbeiterorganisationen. Diese Regime werden sehr wahrscheinlich in direkter Kontinuität stehen zu denjenigen, die 6 Millionen Juden und 20 Millionen Sowjetbürger abgeschlachtet haben. Und die scharfe Konkurrenz um die Beute von Osteuropa könnte ein Stolperdraht sein zu einem dritten imperialistischen Weltkrieg. Die konterrevolutionäre Gefahr, die in Osteuropa und in der Sowjetunion droht, muß bekämpft und zerschlagen werden. Es ist die Aufgabe der Trotzkiisten, die Arbeiter und Bauern in dem Kampf zu führen, der die ganze alte Scheiße ein für allemal wegfeigt. ■

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 505, 29. Juni

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Tel.: (0 30) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

U. Nündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 32 36 44

SpAD, c/o Kultur- u.
Tagungszentrum
Raum 30
Leninallee 70
Halle 4020
Tel.: Halle 29055

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

SPARTAKIST

Antikommunismus und Antisemitismus am Brodeln Osteuropa: Reaktion und Widerstand

Imperialistische Regierungen und die westlichen Medien heulten vor Entrüstung auf, als Zehntausende von Bergarbeitern über Bukarest, die Hauptstadt Rumäniens, hereinbrachen, um mit den Ultrarechten aufzuräumen, die das Polizeihauptquartier niedergebrannt hatten, ins Innenministerium eingedrungen waren und versucht hatten, die zentralen Fernsehstudios zu stürmen. „Invasion rumänischer Bergarbeiter in Bukarest“, jammerte die *New York Times* (15. Juni). „Die rumänische Revolution, falls sie stattgefunden hat, ist sicher vorbei“, lamentierte die Pariser *Le Monde*. Das Außenministerium in London zog gegen „den Bergarbeiter-Mob auf Bestellung“ vom Leder. Das US-Außenministerium verurteilte die „Bürgerwehrgewalt, die von den allgemein akzeptierten Normen der Demokratie abweicht“, und strich die humanitäre Hilfe für die Erdbebenopfer. Washingtons „Normen“ wären, mit anti-

kommunistischen Ausschreitungen einem Staatsstreich den Weg zu bereiten.

Während bankrotte stalinistische Regime in ganz Osteuropa zusammenbrechen, versuchen die Imperialisten den Eindruck zu erwecken, daß eine Dampfwalze in Richtung Kapitalismus rollt, gegen die Widerstand zwecklos wäre. Aber in Polen haben Anfang Juni Eisenbahnarbeiter den Fracht- und Personenverkehr zum Stehen gebracht mit einem spontanen Streik gegen die brutale Austeritätspolitik, die Massenarbeitslosigkeit und Hunger mit sich gebracht hat. In Bulgarien hat die Sozialistische (früher Kommunistische) Partei bei den Parlamentswahlen im Juni die Mehrheit gewonnen. Reaktionäre Kräfte hatten große Hoffnungen auf Rumänien gesetzt, in der Erwartung, daß das Blutbad während des Dezemberaufstands der Funke

Fortgesetzt auf Seite 11



ПРАВДА
5 January 1990



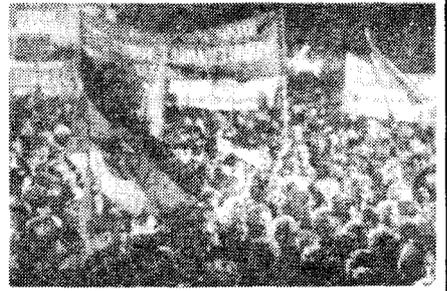
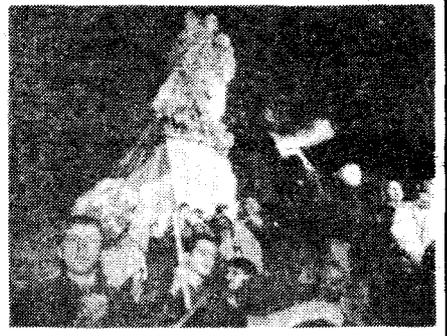
«Фашисты — вон!»

БЕРЛИН, 4. (Соб. корр. «Правды»). Со-
ветские солдаты в Берлине со-
блюдали строгий нейтралитет
во время демонстрации в Треп-
тов-парке. Они присели перед по-
литическими лозунгами, но не
принимали участия в акциях, ко-
торые имели место в этот день.
Многие из них — солдаты 4-го
армейского корпуса, который
здесь находится с 1945 года.
Они не участвуют в демонстра-
циях, но поддерживают порядок
и обеспечивают безопасность
граждан. Многие из них —
ветераны войны, которые
приехали в Германию в 1945
году. Они считают себя
гражданами ГДР и хотят
жить в ней. Они не хотят
вернуться в СССР. Они
хотят жить в ГДР. Они
хотят жить в Европе.
Они хотят жить в мире.
Они хотят жить в демократии.
Они хотят жить в свободе.
Они хотят жить в справедливости.
Они хотят жить в уважении.
Они хотят жить в любви.
Они хотят жить в дружбе.
Они хотят жить в братстве.
Они хотят жить в единстве.
Они хотят жить в мире.
Они хотят жить в демократии.
Они хотят жить в свободе.
Они хотят жить в справедливости.
Они хотят жить в уважении.
Они хотят жить в любви.
Они хотят жить в дружбе.
Они хотят жить в братстве.
Они хотят жить в единстве.

КРАСНАЯ ЗВЕЗДА
5 January 1990

Митинг в Трептов-парке

БЕРЛИН, 4 января. (ТАСС).
Около 250 тысяч берлинских
жителей других городов
ГДР собрались в Трептов-парке
на митинг.



...и на
улицы, вывески на
стенах домов, витринах магазинов:
«Русские — вон!», «Евреи —
вон!», «Коммунисты — к
стенке!», «Германский рейх в
границах 1937 года!», «Гитлер
жив!». Все громче звучит
требование допустить мест-
ных «республиканцев» к уча-
стию в парламентских выбо-
рах. Демонстрация проходит
спокойно. Полиция не вмешивается.
Многие участники
демонстрации
хотят жить в
ГДР. Они
хотят жить в
Европе. Они
хотят жить в
мире. Они
хотят жить в
демократии.
Они хотят жить
в свободе. Они
хотят жить в
справедливости.
Они хотят жить
в уважении. Они
хотят жить в
любви. Они
хотят жить в
дружбе. Они
хотят жить в
братстве. Они
хотят жить в
единстве.

Berlin, 3. Januar: Prawda und sowjetische Armeezeitung Krasnaja Zvezda über Treptower Massendemonstration. Banner der Trotzkiistischen Liga (rechts) ruft zur Verteidigung der UdSSR gegen NATO auf